

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Wöchentlich 30 Pf., monatlich 1,10 Mk.,
vierteljährlich 3,30 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsstelligen Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 27. Oktober 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Krisis in der christlichen
Gewerkschaftsbewegung.

Man schreibt uns vom Rhein:

Es hat sich alles ganz folgerichtig entwickelt in der christlichen
Gewerkschaftsbewegung. Sie ist Mitte der neunziger Jahre ins
Leben gerufen worden von Männern der Kirche und des Cen-

trums zu dem eingestandenem Zweck, die katholischen Arbeiter durch
die christlichen Sonderorganisationen von dem Uebergang zu den
alten Verbänden oder, was für gleichbedeutend ge-

halten wir, zu den Socialdemokraten abzuhalten.
Auf den Gegensatz zu den Socialdemokraten war denn auch das
den christlichen Gewerkschaften von ihren geistlichen und welt-

lichen Gönnern gegebenen Programm zugewandt: sie sollten auf
keinen Socialdemokraten als Mitglieder auf; sie
stellten sich auf den Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung
— was angeblich die alten Verbände nicht thun; sie verwarfen den

treten ist, hatte nicht nur durch ihre Zahl, sondern auch durch ihre
Einsicht und Entschiedenheit das Uebergewicht.

Wie die wirtschaftliche Selbständigkeit den christlichen Gewerk-
schaften das Unternehmertum als Gegner schuf, so mußte ebenso
notwendigerweise der Verzicht auf die konfessionelle und religiöse
Abgeschlossenheit die Herren von der Kirche aufregen. Gleich nach

dem Frankfurter Kongreß kam die Mitteilung, daß die nächste
Bischöfliche Konferenz in Fulda zu der Frage der christlichen Berufs-
organisation Stellung nehmen werde. Das ist nunmehr geschehen.

Mit derselben Entschiedenheit, mit der das Unternehmertum gegen
die christlichen Gewerkschaften vorgegangen ist, sagt der hohe Klerus
ihnen die Freundschaft auf. Es ist dieses Gerücht, ein Zeichen
mangelnden Muts oder mangelnder Ehrlichkeit, wenn katholische
Blätter von dem Fuldaer Hirtenbrief behaupten, er sei

nicht gegen die christlichen Gewerkschaften gerichtet, sondern
gegen die alten Verbände! Man lese die als Programm-
schrift geltende Broschüre der Gladbacher Richtung über die christlichen
Gewerkschaften, man lese die Verhandlungen des Frankfurter Kon-

gresses, man verfolge die Entwicklung der christlichen Organisationen
in den letzten zwei Jahren — und man wird finden, daß der Inhalt
des Fuldaer Hirtenbriefes Sach und Sache nicht weiter ist als eine
Verurteilung dieses Gladbacher Programms, dieser Entwicklung, wie
sie in den Frankfurter Verhandlungen zu Tage getreten ist. Aber

nicht nur gegen dieses Programm und diese Entwicklung der christ-
lichen Gewerkschaften richtet sich das Fuldaer Schreiben, nein, es ist
eine Verurteilung der selbständigen christlichen Gewerkschaftsbewegung
überhaupt. Oder kann der Satz des Hirtenbriefes: „Die hoch-

christlicher Bergleute, die, offenbar von einem Geistlichen verfaßt,
faßt wie eine Abbitte früherer „Sünden“ und wie eine principielle
Guthesung des Fuldaer Hirtenbriefes aus. In München haben
sich die christlichen Arbeiter für die Selbständigkeit der christlichen
Gewerkschaften ausgesprochen, eine endgültige Stellungnahme aber

verschieden bis zu der demnächst in einer rheinischen Stadt zu-
sammentretenen Sitzung des Centralausschusses christlicher Gewerk-
schaften.

Wie sich die christlichen Organisationen zu dieser für sie sehr
wichtigen Frage stellen werden, ist nicht zu sagen. Entweder sie
beugen sich unter der von Fulda aus ergangenen Weisung —
das wäre eine Verleugung ihres Programms, ihrer Entwicklung,
ihres Daseins, mit ihrem Kredit bei der Arbeiterschaft wäre es vor-

bei. Oder sie vertragen den Bischöfen den Gehorsam, sie bleiben ihrem
Programm und ihrer Entwicklung treu — dann verlieren sie die
Möglichkeit auch der Sache des Centralausschusses die eine oder die andre
Möglichkeit muß der Sache der Klassenbewußten Arbeiterkraft zu

gute kommen.
Es giebt aber noch eine dritte Möglichkeit, der wir sogar den
Vorrang der Wahrscheinlichkeit zuerteilen möchten: die christlichen
Gewerkschaften begnügen sich mit einer vermittelnden Stellung-
nahme; ihre geistlichen Gönner sehen ihnen eine Resolution auf, die

den Bischöfen recht und den Arbeitern nicht unrecht giebt. Das würde
der Sache der christlichen Gewerkschaften auch nicht sonderlich nützen.
Auf alle Fälle aber haben wir durch den Zwischenfall, durch die
Stellungnahme der Kirche und des Centrums zu den christlichen
Gewerkschaften, eine Fülle agitatorischen Materials gewonnen, das
uns in der politischen wie gewerkschaftlichen Bewegung große Dienste
leisten wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Oktober.

Ein glänzender Sieg.

Aus Brandenburg wird telegraphisch:

In der am heutigen Freitag stattgefundenen Stichwahl
zur Reichstags-Erweiterung im Kreise Brandenburg-Westhavelland
erhielt Generaldirektor v. Löbbeck-Charlottenburg (L.)
10 184, Schriftsteller v. v. Duffau (Zoc.) 10 806 Stimmen.
Somit ist Peus (Soe.) gewählt.

In der am 18. Oktober d. J. stattgefundenen Hauptwahl er-
hielten von 20 050 abgegebenen Stimmen v. Löbbeck 7116, Peus
9509 und Vode-Brandenburg (fr.) 3416 Stimmen.

Der schöne Sieg wurde errungen trotz der schwächsten Wahl-
männchen der konservativen Lager, die jede Niederträchtigkeit
und jede Niedrigkeit anboten, um ihre Landrats-Kandidatur zum
Erfolge zu führen. Doch das arbeitende Volk des Wahlkreises
hat den konservativen Bureaukraten, den reaktionären Streber
zur Strecke gebracht. Es wurde zwischen Haupt- und Stichwahl
er in der Lage, das Mandat zu strecken und Stichwahl
alle seine volkstümlichen Uebersetzungen abzuwerfen. Sagte doch
Herr v. Löbbeck in seiner letzten Wahlverkündung:

„Wie ich dies in meinen Wahlreden insbesondere in Brandenburg
und Rathenow gethan habe, erkläre ich auch hiermit ausdrücklich, daß
ich für eine gleichmäßige Berücksichtigung der Interessen der Industrie
und der Landwirtschaft bei Regelung des Posttarifs beziehungs-
weise dem Ansehen von Handelsverträgen unbedingt eintreten
und insbesondere in Rücksicht auf die große Industrie meines
Wahlkreises einer derartigen Erhöhung der Getreide-
zölle, daß dadurch der Abschluß von Handels-
verträgen mit langer Bindung für die Industrie
unmöglich gemacht würde, meine Zustimmung ver-
sagen würde. ... Ich habe rühmend abgelehnt, dem
Bunde der Landwirte oder irgend einer Parteigruppe
irgend welche bindende Erklärungen über meine zukünftige
politische Haltung in Einzelfragen abzugeben. Im
übrigen habe ich aus meinem politischen Standpunkt niemals einen
Zweck gemacht, habe oft genug betont, daß ich kein einseitiger
Interessenpolitiker bin, sondern das Wohl der Gesamtheit und aller
einzelnen Erwerbsstände zu fördern suchen werde, habe u. a. mich
auch auf den Boden des geltenden Reichstagswahlrechts und
der bestehenden Koalitionsfreiheit gestellt.“

Doch alle List und alle Wahlmanöver nützen nichts. Unser
ward der Sieg.

1896 bei einer Nachwahl hatte die Socialdemokratie zum
erstenmal diesen Wahlkreis erobert. Unse Partei siegte mit
9720 gegen 9685 konservative Stimmen.

Es gelang der Reaktion, uns diesen mit geringer Majorität ge-
wonnenen Wahlkreis nochmals abzugeben. 1898 siegte in der Stich-
wahl v. Löbbeck mit 10 708 über Peus mit 10 542 Stimmen.

Jetzt beträgt unsere Majorität 700 Stimmen. Dem ist der
Wahlkreis für alle Zeit uns verfallen und kein Landrat
wird je wieder aus Brandenburg in den Reichstag ziehen.

Der Sieg, den unsre Partei erringt, offenbart die unflüchtige
Thorheit unser Gegner, die vermeinten, in weltpolitischer
Machterade werde den deutschen Volk die Reaktion und Un-
kultur lebenswerter erscheinen. Der Sieg, errungen in einem
stark landwirtschaftlichen Wahlkreis, bedeutet zugleich eine Ab-
sage der Bevölkerung an die agrarischen Pläne,
das Volk durch erhöhte Kornzölle auszuheben und Industrie und
Handel tödlich zu treffen. Die Enthüllung der 12 000 Wahl-
Geheimnisse des Reichstags des Januars dürfte die konservative
Niederlage endgültig besiegeln haben.

Wir marschieren!

Der Kampf um Posadowsky.

Während die gesamte Presse der Finanzen den 12 000 Mark-Handel des Reichsamts des Innern mit dem Centralverband der Industriellen aufs schärfste verurteilt — wenn auch nicht überall aus aufrichtiger Ueberzeugung — während auch das gesamte Ausland sich mit diesem Skandal anlagend beschäftigt, ist die agrarisch-konservative Presse lediglich bemüht, den Grafen Posadowsky zu retten. Sie findet diese Zahlung des Centralverbandes gänzlich einwandlos, um so nicht-würdiger aber die Infamie, daß man dieses reinliche Geschäft aufgedeckt hat. Die Moral ist, wie man sieht, nicht nur in der Weltpolitik ausgeglichen, sondern auch für die innere Politik. Erlaubt ist alles — außer die Demission des 10 Mark-Zoll-Grafen. Es gehört eine Sitten dazu, wenn derselbe Herr v. Jeddig jetzt in der „Post“ über die schlimmen Intriguen gegen den Grafen Posadowsky getet, dem wir das Honorar für seine Kanal-Intriguen ziffermäßig nachgerechnet haben.

Die „Deutsche Tageszeitung“ malt die Intrigue, wie folgt, phantastisch aus:

„Wenn Graf Posadowsky jetzt seinen Abschied zu nehmen gezwungen würde, dann hätte eine der schlimmsten Intriguen, die je gesponnen worden sind, einen glänzenden Sieg gefeiert, und es wäre für die Intriganten damit viel erreicht. Sie rechnen damit, daß jeder Nachfolger des Staatssekretärs sich erst in die schwierige und ungeheuer umfangreiche Materie einarbeiten müßte. Selbstverständlich würde dann die bisherige Vorarbeit preisgegeben und in eine grundsätzliche neue Bearbeitung der ganzen Frage eingetreten werden müssen. Die Zeit des Ablaufs der Handelsverträge rückt nahe heran. Der Reichstag muß sich im nächsten Jahre mit der Sache beschäftigen, wenn rechtzeitig die Verträge gekündigt werden sollen. Muß ein Aufschub infolge des Wechsels in der Leitung des Reichsamts des Innern eintreten, so wird man zur rechten Zeit nicht fertig sein; eine Kündigung der Handelsverträge kann nicht erfolgen, man wird sie stillschweigend auf ein Jahr weiterlaufen lassen müssen, und damit ist Zeit gewonnen für eine den Wünschen der Intriganten entsprechende Regelung der Sache. Das hat man sich so schön gedacht, und deswegen scheute man sich nicht, sich eines Mittels zu bedienen, das von allen anständigen Leuten für gemein gehalten wird.“

Das agrarische Blatt sagt, wie man erkennt, alle seine Protowucherhoffnungen auf die zwei Augen des Grafen Posadowsky; deshalb darf er den moralischen Tod jetzt nicht sterben. Nach den Darlegungen der „Deutschen Tageszeitung“ aber ist der Staatssekretär so unentbehrlich, daß die ganze Regierungsmaschinerie stoden würde, wenn der Graf plötzlich den physischen Tod erleiden würde. Der Wund der Landwirte scheint wirklich hohe Agitationssummen im Reichsamt des Innern angelegt zu haben.

Die „Kreuz-Zeitung“ kritisiert ganz zutreffend die Moral mit doppeltem Boden, wie sie dem Liberalismus eigen ist; sie schreibt: „Die „National-Zeitung“ giebt übrigens zu, daß für den Kampf um die Platte in der That andre als die spärlichen Mittel des Dispositionsfonds verwendet seien, d. h. daß die Regierung, um für die Plattenvorlage Stimmung zu machen, auch die von privaten Vereinigungen ihr gewährte Hilfe gern angenommen habe; sie meint aber, daß dieser Fall ganz anders liege, weil die Hilfe in aller Oeffentlichkeit durch den zu diesem Zweck gegründeten Plattenverein gewährt worden sei. Das heißt also mit andern Worten: Eine an sich vom moralischen Standpunkt verwerfliche Handlung wird dadurch entschuldigt, daß sie in voller Oeffentlichkeit vorgenommen wird. Wir haben für eine derartige Auffassung kein Verständnis.“

Das sind wertvolle Geständnisse. Wir haben niemals daran gezweifelt, daß in untrer gesamten Politik die Interessentengeber die Hauptrolle spielen. Es wird im Gedächtnis behalten werden, daß in dem Verzweiflungskampf um Posadowsky die Liberalen und Konserverhalten das offene Geheimnis jetzt zugestehen. Der Unterschied zwischen dem Graf Posadowsky, Bred und dem allgemein üblichen Verfahren besteht eben nur darin, daß man die Vermutung diesmal urkundlich beweisen kann.

Ganz in das agrarische Horn bläst die „Germania“, das Centralorgan des Centrums, das über der Rettungsoption für den Hochschußdöner völlig vergibt, ein Urteil über das Verfahren des Reichsamts des Innern zu fällen. Das katholische Blatt scherzt, die Socialdemokratie stehe im Dienste deutscher Industrieller, und beschäftigt sich dann ausschließlich mit der Industrie. So völlig agrarisiert ist das Centrum, daß es kein Wort des Tadels findet über dieses Geldverhältnis der Regierung zu den Scharfmachern, aus dem die Kontor-Socialreform entsprungen. Für einen zehn Mark-Zoll opfert das Centrum die ganze Socialreform.

Dunkle Andeutungen macht die „Tägliche Rundschau“ über die Geheimabsichten, die man mit der Zuchthausvorlage verfolgt habe. Das Blatt läßt sich von „nationaler“ Seite erzählen:

„Hiernach steht die ganze Bewegung des Jahres 1898/99, soweit sie mit der Zuchthausvorlage zusammenhängt, in einem mehr als eigentümlichen Lichte. . . . Es kommt nicht darauf an, jetzt einzelnen Personen oder Zeitungen an der Fronte zu stellen, es kommt darauf an, den letzten Gedanken zu ergründen, von dem die ganze Treiberei jener Tage eingeleitet war. Wir sind weit entfernt, dem Staatssekretär belassen zu wollen, als habe er dieses Endziel der Bewegung mit im Auge gehabt. Aber abstrahieren wird sich nicht lassen, daß es darauf abgesehen war, unser konstitutionelles System in eine Krise hineinzutreiben, bei der die freihellenischen Erzeugnisse der Verfassung samt und sonders in Frage gestellt worden wären. Nachdem wir aber im Laufe der vier Jahre nicht einmal, sondern unfers Erinnerns bereits dreimal — in Wittikaleit vielleicht noch öfter, hat an diesem Abgrund der Verfassungskrisis vorbeigegangen sind, wird es sich doch empfehlen, daß das Parlament sich demnächst einmal gründlich mit dem andern verantwortlichen Faktor der Geschehnisse darüber auseinandersetzt, ob es nicht gemeinsame Aufgabe ist, derartige innere Konflikte und Katastrophen jederzeit im Keim zu ersticken. Andersfalls muß das Parlament eben seine Konsequenzen daraus ziehen, wenn die Reichsverwaltungsinstantz nicht unabweisbar zuverlässig in dieser Beziehung sich erweist.“

Diese Andeutungen besagen: Die Zuchthausvorlage war nur ein Mittel für andre Zwecke, sie sollte als Hebel für einen Staatsstreik dienen. Nach den Versicherungen der „Täglichen Rundschau“ ist das ganze Staatswesen seit Jahren von unterirdischen Strebungen unterminiert, es ruht auf der unablässigen Gefahr einer Revolution von oben. Das sind Anschauungen, die wir oft genug ausgesprochen haben, jetzt werden sie von „nationaler“ Seite bestätigt.

Der „Reichs-Anzeiger“ meldet bis jetzt weder die Entlassung des Herrn v. Boedike, noch die Erkrankung des Grafen Posadowsky. Das „Berliner Tageblatt“ versichert bereits, der Staatssekretär des Reichsamts der Scharfmacher werde nicht demissionieren, er werde auf seinem Posten bleiben, allerdings zugleich an sich eine Art Selbstkasteiung zur Sühne der Sünden vollziehen. Das Blatt schreibt:

„Aus verschiedenen Anzeichen glauben wir schließen zu dürfen, daß der Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky den Fall Bred-Boedike nicht so aufsaßt, daß er wegen desselben zurücktreten müsse. Graf Posadowsky glaubte, als die Arbeitswägung alias Zuchthausvorlage die erste Lesung im Reichstag passirt hatte, den Wünschen des Kaisers zu entsprechen, wenn er alles daransetzte, um die Vorlage durchzubringen. Herr von Boedike, sein erster Mitarbeiter, glaubte noch ein Uebriges ihm zu müssen, und so kam es zu jener Affaire Bred-Boedike. . . . Graf Posadowsky hält sich für stark genug, dem Ansturm, der sich im Reichstag gegen ihn richtet, Widerstand leisten zu können, und will seine gewaltige Arbeitskraft dem Reichslangster nicht entziehen. . . . Der von anderer Seite gekommene Hinweis, daß es doch bald zu Fraktionen zwischen dem Reichsamtler und seinem Stellvertreter kommen werde, erscheint manchem um so sicherer ausgeschlossen, als Graf Posadowsky, wie wir von einer mit seinen Intentionen wohlvertrauten Stelle vernehmen, keineswegs die Aspiration hegt, auch fernerhin einen so großen Einfluß auszuüben wie unter dem Fürsten Hohenzoller; der Staatssekretär des Innern ist vielmehr ganz von der Wichtigkeit der Erklärung durchdrungen, die Graf Wilow in der Dienststellung des Staatsministeriums abgab, und hält es für selbstverständlich, daß Graf Wilow nicht bloß als leitender Staatsmann gilt, sondern dies auch wirklich ist. Graf Posadowsky will also seine Stellung behaupten.“

Das heißt: der Graf will zwar Amt und Gehalt behalten, im übrigen aber werde er sich zum Handlanger des Grafen Wilow erwidrigen. Das soll seine Strafe sein!

Wir werden sehen, ob diese famole Rettung des Grafen durch edle Selbstverleugnung in der That zur Wahrheit werden wird.

Wahrheit über China.

In der angesehenen englischen Zeitschrift „Fortnightly Review“ spricht sich Sir Robert Hart über die Chinawirren aus. Er bezeichnet die Boxerbewegung als eine nationale Erhebung, die von der chinesischen Regierung angeregt und begünstigt wurde, weil sie die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß nur ein großangelegtes freiwilliges Wehrsystem das Reich gegen die Eingriffe der Fremden sicherstellen könne. Die Boxerbewegung wurde von einigen fremden Gesandten als sehr bedeutsam betrachtet, aber etwaige daraus entstehende

Ein Portrait des Königs von Karl Marx.

Karl Marx hat in seinen Aufsätzen über die Revolution und Konterrevolution in Deutschland 1851 von der Persönlichkeit Friedrich Wilhelms IV. die folgende Schilderung entworfen:

„Wenn Ludwig XVI., Louis le Désiré, ein einfacher, anspruchsloser Einfaltspinsel war, seiner eignen Wichtigkeit halb bewußt, ohne bestimmte Ideen. . . . war Friedrich Wilhelm le Désiré (der Ersehnte) ganz anderer Art. In dilettantischer Weise hatte er sich mit den Elementen der meisten Wissenschaften bekannt gemacht und hielt sich daher für lehrreich genug, sein Urteil in jeder Sache für entscheidend anzusehen. Er war überzeugt, er sei ein Redner ersten Ranges, und es gab sicher keinen Handlungsreisenden in Berlin, der ihn an Hülle vermeintlichen Witzes oder an Geläufigkeit in Sprachen überreffen konnte. Und vor allem hatte er seine Ideen. . . . Der König sollte der erste Edelmann des Reichs sein, umgeben zunächst von einem glänzenden Hofstaat mächtiger Vasallen, Fürsten, Herzoge und Grafen, und dann von einem zahlreichen und reichen niederen Adel. . . .

Kaum war das Mundwerk des neuen Königs durch den Tod seines Vaters entseffelt, da machte er sich auch schon daran, seine Intentionen in Reden ohne Zahl zu verkündigen. . . .

Friedrich Wilhelm IV. besah zu viel von jener Verachtung für hares Geld, die seit jeder das edelste Erbteil der Söhne der Kreuzfahrer gewesen ist. Er fand bei seiner Thronbesteigung ein kostspielig, wenn auch knauserig eingerichtetes Regierungssystem vor, und einen mächtig gefüllten Staatschatz. Nach zwei Jahren war jede Spur eines Ueberschusses in Hoffesten, königlichen Reiten, Gnadengaben, Unterstüßungen an hungernde und lungernde, schmierende und geringe Adlige ufm. ausgegangen und die regelmäßigen Steuern genügten nicht mehr für die Bedürfnisse des Hofes und der Regierung.

Aus den Tagen des Wahnsinns.

„Der Kranke verrichtet seine Funktionen, spricht aber verwirrte Worte und Dinge, legt die Hand an den Kopf und lamentiert, ein Zeichen, daß er seinen Zustand fühlt.“ (Leopold v. Gerlachs Denkwürdigkeiten 8. Oktober 1857.)

„Bei den Konferenzen gestern hatte Edwin Mauterfel stets die arriere pensée (Hintergedanken), dem Prinzen (Wilhelm) über den konstitutionellen Verfassung abzufahren. . . . Ich halte aber 1. den Prinzen nicht für geneigt, einen solchen coup d'état (Staatsstreich) durchzuführen. . . . 2. Was ist denn aber unser Konstitutionalismus? Die Spitze ist ihm abgebrochen nach verworfenem

Wirren wurden erst im September erwartet, und alle Warnungen blieben unbeachtet. Hart meint, die Vorer hätten nur Schlägen erlitten und in einer nicht sehr ferneren Zukunft würden zwanzig Millionen derselben mit gefährlicheren Waffen als Opereen entschlossen sein, die Politik „China für die Chinesen, hinaus mit den Fremden!“ durchzuführen.

Damit bestätigt auch Sir Robert Hart, der Leiter des chinesischen Konsulats seit Jahrzehnten, einer der trefflichsten Kenner der chinesischen Verhältnisse, durchaus die von uns vertretene Anschauung über Ursprung, Wesen und Zukunft der chinesischen Erhebung gegen die Fremden.

Die europäischen Regierungen aber, insbesondere die deutsche Regierung, beharren jetzt darauf, die Verantwortlichkeit der Peking Gesandten zum Muster ihrer Chinapolitik zu nehmen. Unheilvollste Folgen können nicht ausbleiben. —

Ein neuen bemerkenswerten Beitrag zu der Frage: Wer sind die Schuldigen? erörtern die frühere deutsche Gesandte in Peking, Herr v. Brandt, in einem Artikel der soeben erschienenen Nummer der „Nation“. In einer Besprechung der Forderungen, die von den Gesandten im Auftrag der Mächte an China gestellt worden sind, sagt Herr v. Brandt:

„Ganz besonders schwierig wird sich die Frage wegen der Stadlierung dauernder Schutzwachen der Gesandtschaften gestalten, wenn auch nicht während der ersten Zeit, so doch späterhin. Und sie wird dadurch nicht erleichtert werden, daß die Verwendung der Schutzwachen der Gesandtschaften im Juni d. J. nicht eine solche gewesen ist, wie sie sich nach dem Völkerrecht rechtfertigt. Die ersten Angriffe auf die Gesandtschaften haben am 20. Juni stattgefunden, aber schon in der Zeit vom 14. bis zum 17. Juni sind zahlreiche Chinesen, angeblich Boger, von den Schutzwachen der Gesandtschaften und Privatpersonen, die sich den ersteren angeschlossen hatten, auf den Straßen und in Tempeln niedergemacht worden. In manchen der von Augenzeugen ungeschätzte Fälle kann die Entziehung über den Mord und die Mißhandlung eingeborener Chinesen als Erklärung und Entschuldigend dienen, aber wenn, wie dies leider unzweifelhaft scheint, von der Stadtmauer der Tatarenstadt aus auf die in der Chinesenstadt egerzierenden Boger geschossen wird und einige vierzig derselben getödtet werden, ohne daß die Leute den fremden Angreifern auch nur die geringste Veranlassung gegeben hätten, so kann man das dringende Verlangen der chinesischen Behörden nach der Entsendung der Schutzwachen wohl auch aus andren Gründen als dem ihnen untergelegten erklären, die Gesandtschaften wehrlos machen zu wollen.“

Deutsches Reich.

Das kleine reichsländische Socialistengesetz.

Aus Straßburg i. E. wird uns vom 23. Oktober geschrieben:

Die ich dem „Vorwärts“ bereits berichtet, hat das Ministerium für Elsaß-Lothringen von der ihm nach § 2 des neuen reichsländischen Verfassungsgesetzes vom 8. August 1898 zustehenden Befugnis die Verbreitung einer außerhalb des Reichsgebietes herausgegebenen Druckschrift oder einzelner Teile einer solchen in Elsaß-Lothringen zu verbieten,“ dieser Tage zum erstenmal in einer Weise Gebrauch gemacht, die eine einschneidende principielle Aenderung in der Handhabung dieser aus den Zeiten der schwärzesten Reaktion des zweiten Kaiserreichs stammenden und in die gesetzliche Neu-Ordnung der Verhältnisse unfers Landes mit herübergenommenen Schutzbestimmung bedeutet. Bisher hatte man sich vernünftigerweise darauf beschränkt, das Verbot gegen Druckerzeugnisse französischer Herkunft in Anwendung zu bringen, während das Ministerium es jetzt für gut gefunden hat, zwei Zeitungen italienischen Ursprungs, dem in Rom erscheinenden „Avanti“ und der „Giustizia“ in Reggio Emilia, den Hebertritt auf reichsländisches Gebiet zu verweigern.

Eine derartige Anwendung der erwähnten Prohibitivbefugnis steht im direkten Widerspruch, wenn nicht mit dem Wortlaut, so doch mit dem Sinn des § 2 unfers Verfassungsgesetzes, dessen Zweckbestimmung von Anfang an nur sein konnte: die Abwehr der von Frankreich her gegen die Vereinigung Elsaß-Lothringens mit dem Reich, also gegen die durch den Frankfurter Friedensvertrag geschaffenen neuen staatsrechtlichen Verhältnisse des Landes gerichteten Agitation.

Jeder Zweifel an der Richtigkeit dieser Auffassung erscheint uns von vornherein ausgeschlossen. Schon in dem dem Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 beigegebenen Motiven wird der im § 81 ausgesprochene vorläufige Ausschluß Elsaß-Lothringens vom Geltungsbereich des Gesetzes lediglich mit der Notwendigkeit von Abwehrmitteln gegen reichsfeindliche, die neue staats-

Verantwortlichkeitsgesetz . . . 3. Ist aber noch die Frage, ob uns der Konstitutionalismus nicht noch gute Dienste thun wird. Einmal schlägt er uns vor einer ferneren Konstitution und dann könnte das . . . Herrenhaus doch vielleicht Willkürlichkeiten entgegenzutreten. (Ebenda 11. Okt. 57.)

(Der König) spricht mehr, im Anfang zusammenhängend, dann verwirrt. Fragen nach Zeit und Dauer der Krankheit . . . dann aber wieder eine willkürliche Sprache mit erfundenen Worten und Phantasie-Bildern . . . dabei leidlichen Appetit. (Ebenda 14. Okt. 57.)

Die Landesangellegenheiten beschäftigen den kranken Herrn. Er spricht von Dingen, die er vor hat, und die er nicht zu Ende bringen würde, weil ihm so viel Hindernisse in den Weg gesetzt würden. Dann klagt er über den Kopf. . . . Die Neben und die Verwickelung der Worte sind oft sehr merkwürdig. Der König sieht zwei neue Vasen, die sie ihm hingestellt haben. „Das ist ja sehr schön, das sind ja zwei ganz neue — Freimaurer.“ So liegt ihm die Zukunft der Kirche auf dem Herzen.“ (Ebenda 19. Okt. 57.)

„Auf die Rede (der Königin), daß er (F. W. IV.) sich damit (mit Regierungsgeschäften) keinesfalls befassen dürfte und daß er Wilhelm damit beauftragen sollte, habe er ein unwilliges Gesicht gemacht und von bei lebendigem Leibe begraben und dergleichen geredet.“ (Ebenda 21. Okt. 57.)

„Der König wußte nicht, was das Neue Palais war. . . . Oft ist er sehr traurig und sagt, er würde in dieser elenden Verfassung bleiben, setzt dann hinzu: „Bete, bete für mich, ich thue es auch.“ Dann aber schlägt er es sich wieder aus dem Sinn und ist heiter. . . . der gute, freundliche, edle, liebe Herr.“ (Ebenda 5. November 1887.)

„Durchsicht der Papiere im Potsdamer Schloß. Diese von Wig überlaufenden Briefe und der jetzige Zustand des armen Herrn . . . Der König ist die letzten Tage sehr unruhig und aufgereggt gewesen. . . . Es ist Gefahr des Wahnsinns oder Wahnsinns.“ (13./15. September 1859.)

„Wenn er im Bette liegt, faltet er die Hände und ruft in einer Art von Gott's Erbarmen an und sagt dann öfters wiederholt Amen.“ (30. September 1859.)

„Es war 12 1/2 Uhr geworden, da rückelte der König noch einmal und verschied kurz nach 12 3/4 Uhr. Der Herr hatte 22 1/2 Jahre als König gelebt, aber eigentlich nur 18 Jahre regiert. Was hat er alles in dieser Zeit durchgemacht, wie viele betrogenen Hoffnungen, wie manche Schwächen, Veräußerungen etc., aber er hielt doch stets fest an dem Herrn, den er vor den Menschen bekannte; er fühlte tief, daß er ihm gegenüber ein armer Sünder wäre.“ (Ebenda 2. Januar 1861.)

Friedrich Wilhelm IV.

Am Freitag ist in der Siegesallee ein Denkmal Friedrich Wilhelms IV. enthüllt worden, das von Karl Vegas ausgeführt worden ist. Als Ergänzung zu dem Werk des Bildhauers seien ein paar Dokumente als Beiträge zu einem literarischen Denkmal des Fürsten wiedergegeben.

Den Kronprinzen

Charakterisierte Hoffmann von Fallersleben mit folgenden Versen:

Es war einmal ein kleiner Prinz,
Dem war es angeboren,
Und Hof und Hauptstadt und Provinz
Gebrauchte nichts als Ohren.
Er sprach bei Tag, er sprach bei Nacht,
Die Länge und die Breite,
Er sprach, noch eh' er aufgemacht,
Demotisches der Zweite.

Deklaminieren
Und Parlieren,
Ei, was spricht der Prinz so schön!

Er sprach wohl hin, er sprach wohl her,
Er sprach von großen Thaten,
Und wie das Volk so glücklich war
In seiner Hoheit Staaten;
Er sprach von Gott und Ewigkeit
Und von dem Kofl im Garten,
Er sprach von einer neuen Zeit —
Nur müßten sie noch warten.

Deklaminieren
Und Parlieren,
Ei, was spricht der Prinz so schön!

Er sprach um eins, er sprach um zwei,
Der Thron ward zum Katheder,
Und denkt Euch nur: das Volk war frei,
Denn — hören durfte jeder!
Nur war bei Hof und in der Stadt
Die Hälfte taub geworden,
Doch war die längsten Ohren hatt',
Der kriegte einen Orden.

Deklaminieren
Und Parlieren,
Ei, was spricht der Prinz so schön!

rechtliche Stellung des Landes gefährdenden Machinationen von französischer Seite begründet. Es heißt darin in dieser Hinsicht:

„Die Uebertragung des Entwurfs auf Elsaß-Lothringen würde ohne den gleichzeitigen Erlaß ergänzender Bestimmungen nicht zulässig sein, weil die Gewerbe-Ordnung im Reichslande noch nicht gilt. Abgesehen hier von aber gestatten die offensündigen Bestrebungen, welche daselbst gegen die Vereinigung des Landes mit Deutschland thätig sind, und die mächtigen in das Gebiet der internationalen Politik zurückgreifenden Ansehungen, welche diesen Bestrebungen zu Gebote stehen, es gegenwärtig nicht, die Mittel aus der Hand zu geben, welche die französische Pressegehegung zur Verhütung des Mißbrauchs im Sinne dieser Bestrebungen gewährt. Die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen müssen weiter gelöst sein, wenn die Einführung des vorliegenden Gesetzes mit dem Interesse des Reichs vereinbar sein soll.“

Aber auch die vom Ministerium für Elsaß-Lothringen selbst demnächst seit zwei Jahren in Kraft befindlichen neuen reichsständischen Pressegesetz begehende Begründung spannt den Rahmen der Anwendbarkeit des in Frage stehenden Verbreitungsverbot gegen „außerhalb des Reichsgebiets herausgegebene Druckchriften“ keineswegs weiter, beschränkt ihn vielmehr ausdrücklich auf die Zwecke der auch vom Reichstag für notwendig erklärten Abwehrmaßregeln gegen etwaige von Frankreich ausgehende deutschfeindliche Machenschaften:

„Die unmittelbare und vorbehaltlose Einführung des deutschen Pressegesetzes — so heißt es dort — erscheint in Elsaß-Lothringen nicht angängig, da einzelne Bestimmungen des Reichsrechts den Forderungen, welche nach den im Reichslande gegebenen Verhältnissen zu stellen sind, nicht genügend Rechnung tragen. Noch heute sind, namentlich von außen her, Bestrebungen thätig, die gegen die Vereinigung Elsaß-Lothringens mit dem Deutschen Reich gerichtet sind, und wenn dieselben auch, dank dem erstorbenen Bewußtsein der dauernden Zugehörigkeit des Landes zum Reich, nicht mehr den Boden finden wie ebendort, so müssen doch die Mittel zur Verfügung stehen, ihnen da, wo sie am häufigsten und am stärksten auftreten, rasch und wirksam zu begegnen. Von diesem Gesichtspunkte aus sind also Aenderungen oder ergänzende Bestimmungen des Reichsrechts erforderlich.“

Und weiter:

„Die Vorschriften in § 14 des Reichs-Pressegesetzes, wonach die Verbreitung einer im Ausland erscheinenden periodischen Druckchrift nur dann verboten werden kann, wenn gegen eine Nummer derselben binnen Jahresfrist zweimal eine Verurteilung auf Grund der §§ 41 und 42 des Strafgesetzbuchs stattgefunden hat, ist zur erfolgreichen Abwehr der gefährlichen Angriffe, die von einem Teil der ausländischen Presse fortgesetzt gegen die durch den Frankfurter Friedensvertrag geschaffene Rechtslage gerichtet werden, völlig unzureichend. Die Befugnis zu raschem Einschreiten gegen ausländische Druckchriften aller Art kann daher nicht entbehrt werden.“

Die Absicht des Gesetzgebers bei der Fassung des § 2 untreue reichsständischen Pressegesetzes ist also zweifellos dahin festgesetzt, daß das Verbreitungsverbot sich lediglich gegen solche ausländische Druckchriften zu wenden habe, die eine deutschfeindliche, gegen die Bestimmungen des Frankfurter Friedensvertrags gerichtete Agitation entfalten, wogegen von einer weiteren Auslegung jenes Paragraphen in dem Sinne, daß dem Ministerium das Recht zustehe, nach Gutdünken jede im Ausland erscheinende Druckchrift, deren Tendenz ihm nicht zusagt, zum Uebersteigen der Grenzen des Reichslands fernzuhalten, deshalb nicht die Rede sein kann. Insbesondere wird sich das Einschreiten des Ministeriums gegen die beiden italienischen Zeitungen nimmermehr rechtfertigen lassen.

Was Herr v. Puttkamer mit dieser seiner administrativen Verbotsverfügung bezweckt, darüber kann ein Zweifel freilich nicht bestehen. „Avanti“ und „Giustizia“ zählen zu den hervorragendsten Verfechtern der Klasseninteressen des sozialistischen Proletariats in Italien und sie werden auch von den in der Industrie Elsaß-Lothringens besonders zahlreich beschäftigten italienischen Arbeitern da und dort gelesen. Es ist also vor allem die drohende Ausbreitung des sozialistischen Gedankens unter jenen fremdländischen Arbeitern seines Machtbereichs, die Herr v. Puttkamer verhindern will. Denn daß unsre italienischen Bruderorgane, da sie doch auch einem uns eng verbundenen Lande kommen, die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Reich gefährdende Bestrebungen verfolgen, das wird die Straßburger Regierung gewiß nicht behaupten wollen.

Die neueste Puttkamerische Polizeithat ist weiter nichts als ein einseitiger Eingriff in den sozialen Klassenkampf, womit man dem Mangel des längst schon schmerzlich vermischten Sozialistengesetzes einigermaßen abhelfen will. Sie schlägt sich würdig den Anordnungsmaßnahmen an, denen die sozialistische Presse des Reichslands selbst unter dem Regime Puttkamer von jeher ausgesetzt war.

Witlow, der Schutzvölker. Der römische „Corriere della Sera“ bespricht die Erwartungen, die Italien vom neuen deutschen Reichskanzler in handelspolitischer Hinsicht hegen dürfe. In dem Artikel wird ausgeführt:

Reichskanzler Graf Witlow werde zwar gegenüber Italien in handelspolitischer Beziehung die besten Gefühle, allein trotzdem werde er geneigter sein, wie er dies bereits in einem Briefe an seine Schwiegermutter Ringhetti ausgedrückt habe, die Interessen der aber allzu starken ausländischen Lebensmittel-Importflagenden deutschen Landwirtschaft in Rechnung zu ziehen. Italien werde darum gut thun, ebenfalls nur die eigenen Interessen ins Auge zu fassen.

Das ist immerhin ein linder Trost für die deutschen Agrarier, die in höchster Spannung erwarten, wie weit Graf Witlow sich den jüngerlichen Forderungen fügen werde. Sie vertrauen, daß ihr Miquel und ihr Fabiodawny den weltpolitischen Witlow gehörig in den agrarischen Karten spannen werden.

Der Vorkampf. Die maßlosen Getreidezölle, mit welchen der Vertreter des 12000 Mark-Reichsamtis den Agrariern zu dienen gedenkt, erregen in Handelskreisen wahres Entsetzen. Der „Sam d. Korresp.“ erklärt erregt:

„Daß auf Grund eines 6 Mark-Getreidezolls ein Handelsvertrag mit Ausland zu Stande kommen könnte, kann kein vernünftiger Mensch glauben; man hat also nicht die Handelsverträge, sondern den Vorkampf vorbereitet. Nun halten wir es allerdings für ausgeschlossen, daß Graf v. Witlow seinen Namen unter einen Minimaltarif dieser Art setzen könnte. Trotzdem ist es Pflicht aller interessierten Kreise, sich ihrerseits aus Vertheidigung gegen dieses Attentat auf die Grundlagen unsrer Wirtschaftspolitik zu wehren.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat aber erklärt, die Angabe des 6 Mark-Zolls sei nicht richtig, der Regierungsentwurf enthalte einen noch höheren Getreidezoll.

Das Jesuitengesetz soll trotz der von der „Germania“ kundgegebenen Zusage doch nicht aufgehoben werden. Die „Köln. Volksztg.“ erklärt ferner, sie wisse, daß die Meldung erneuter Verhandlungen über Aufhebung jenes Gesetzes falsch sei. Dem Centrum wird also der willkommen und dringlich nötige Oppositionsstoff noch einige Zeit belassen werden.

Moltke. Am Freitag fanden mehrere militärische Feiernlichkeiten aus Anlaß des 100. Geburtstags des Feldmarschalls Grafen Moltke statt. Auch der Kaiser wies einen Kameebefehl, in dem Moltke überaus verherrlicht und als „Vater aller Kriegertugenden“ gefeiert wird.

Zu den Tugenden Moltkes zählten seine Verehrer stets die zurückhaltende Schwelgsamkeit zu zählen. Moltke war ein Feind von Pomp und lauten Festen. Wir wissen nicht, ob die ihn jetzt Feiernenden in der Zeit der Waldersee-Wellen auch diese Tugend des Moltke gedacht haben.

Wahlbestechung. Aus Breslau wird einem hiesigen Blatte gemeldet: In einer am Donnerstagabend stattgefundenen socialdemokratischen Versammlung teilte der socialdemokratische Wahlmann Müller August Worewski mit, daß vor einigen Tagen ein konservativer Führer an ihn herantreten sei und ihm ein tausend Mark angeboten habe, damit er seine Gefinnungsgenossen unter den Wahlmännern bewege, sich der Wahl zu enthalten und mit dem Gelde am Wahltag einen Ausflug zu unternehmen.

Die Mitteilung des Genossen Worewski erregte gegen einen konservativen Führer den bestimmten Vorwurf des Veruchs der Wahlbestechung, eines Verbrechens, das, wenn es zur Ausführung gekommen wäre, mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft wird. Bekanntlich sind die Breslauer Wahlen seiner Zeit auf das Betreiben der Konservativen aufgehoben worden, weil die an die socialdemokratischen Wahlmänner gezahlte kleine Entschädigung für veräußerten Arbeitsdienst als ungesetzlich erklärt wurde.

Kaiser und Herzog. Aus Wolfenbüttel wird berichtet: Der Herzog von Cumberland, dessen „Gottes-Gnaden“ im Sinne unserer Monarchisten unabweisbar ist, ist vom hiesigen Regimentsskommando boykottiert worden, was gerade kein Beweis für „gute Beziehungen“ zwischen Gmunden und Berlin ist. Wie die „R. A.“ berichtet, hatte die Vaterländische Vereinigung „Armonia“ zu dem am Sonntag stattfindenden Geburtstag des Erbprinzen Georg Wilhelm, welcher durch Kongert gefeiert werden sollte, die Kapelle des hiesigen 46. Feld-Artillerie-Regiments engagiert. Seitens des Regiments-Kommandeurs ist aber ein Spielverbot erlassen, weil ein Hoch auf den Herzog von Cumberland ausgebracht wird, zu welchem die Kapelle intonieren müßte. Ein Verbot des Vorstands, neben dem Herzoghoch auch ein Kaiserhoch auszubringen, erwirkte nicht die Zurücknahme dieses Befehls.

Ein „Patriot“. Der in Saalfeld erscheinende „Obervoigtländische Anzeiger“ teilt mit, daß der Redacteur des „Saalfelder Anzeiger“, ein Herr Gustav Bethge, sich der Unterschlagung an Geldern schuldig gemacht hat, die für die Krieger in Ostfalen gesammelt worden waren. Es handelt sich um 200 M. Bethge forderte unablässig durch die Zeitung und persönlich zu Sammlungen auf, veranlaßte andre, bei festlichen Gelegenheiten zu Gunsten einer Sammlung das Wort zu ergreifen und war eifrig bemüht, das Geld in seine Hände zu bekommen, wo er sich fast aufdringlich zeigte. Aus irgend einem Grunde — wahrscheinlich hatte man Verdacht geschöpft — wurde bei Bethge eine Revision vorgenommen, wobei die Unterschlagung entdeckt wurde. Bethge suchte zuerst Ausreden zu machen, mußte aber schließlich eingestehen.

Rachfession des bayerischen Landtags. München, 25. Okt. (Fig. Ber.) Die liberalen Organe der bayerischen Regierung, die noch vor kurzem in ihrem politischen Teile hochmütig die Rachfession dementierten, daß eine Rachfession des Landtags unpermeidlich sei, müssen nun doch kleinlaut im lokalen Teil die bevorstehende Einberufung der Kammer für Mitte Februar melden. Motiviert wird die Einberufung von der Regierung durch den Hinweis auf den achtzigsten Geburtstag des Regenten, über dessen beabsichtigte Ehrung der Landtag beschließen soll. Das schickt das Ministerium natürlich nur vor, um sich gegenüber der Kammer der Reichsräte zu decken. Die Herren Privilegierten und Lebenslänglichen scheinen nur mit äußerstem Widerwillen ihre Pflichten gegenüber dem Lande zu erfüllen und suchen, um jeden Preis die Rachfession zu verhindern. (In einer Centrumsversammlung, die im verflochtenen Juli in München stattfand, versetzte sich ein durch seine Offenherzigkeit bekannter ultramontaner Abgeordneter aus dem Arbeiterstande zu der Behauptung, die Reichsräte seien deshalb Gegner der Rachfession, weil sie das Arbeiten nicht gewohnt seien!) Deshalb braucht die Regierung einen schließlichen Vorwand.

Zunächst liegen die Verhältnisse aber so, daß alle Parteien der unteren Kammer eine kurze Session des Landtags schon mit Rücksicht auf die unhaltbaren Zustände unter dem Lehrpersonal für unumgänglich notwendig halten und dies der Regierung auch in unzweifelhaftester Form zu verstehen gaben.

Dreschen ist frei!

Wegen Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten standen gestern der Rittersgutsbesitzer Graf Walter v. Pückler-M. Nitzsch, der Schriftsteller Otto Heinrich Bödler und Redacteur Dr. Paul Wöttcher vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Voigt, die Anklage vertrat Staatsanwalt Filbrich die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Hahn-Charlottenburg. Unter Anklage standen die Reden, die die beiden ersten Angeklagten am 13. Juli d. J. in der „Tonhalle“ in einer vom Wahlverein der „Deutschen Reformpartei“ einberufenen antisemitischen Volksversammlung gehalten haben. In dieser Versammlung sprach Graf v. Pückler über das Thema: „Die praktische Lösung der Judenfrage“. In einer überaus kräftigen Sprache führte er darin aus: Zwei Völkerrassen bewohnen unser deutsches Vaterland, die Germanen und die Juden, ein Vertrag zwischen beiden sei nicht möglich, die einen müssen herausgeschmissen werden. Durch hauen und rauschmeißen sei das einzige Mittel, um mit der „Judenbande“ fertig zu werden. Ausnahmegeetze seien „Mumpst“. Der Redner wandte sich dann gegen die „Furcht der jüdischen Presse“, erwähnte, daß gegen ihn als Amtsvorsteher ein Disziplinarverfahren insceniert worden sei und sagte ungefähr: Es ist ganz schmerz, ob ich mit oder ohne Amtsvorsteher auf die Judenbande losdresche, gedroschen muß werden, bis die Juden windelweich gehauen und zerhackt am Boden liegen. Das tapfere Voeren-volk wehre sich bis zum letzten Blutstropfen gegen die Angriffe eines hinterlistigen Volks, man möge diesem Beispiel nachahmen und den Juden kräftige Voerenhebe applizieren.

Nach dem Grafen Pückler sprach der Angeklagte Bödler über die „Judenjahy“. Er kam dabei auf die Stölper und Witower Prozesse zu sprechen und soll das Redauern ausgedrückt haben, daß die Witower Anführer bloß an die Fenster scheiben der Juden sich gehalten haben; es hätte gegen die freien Juden nach dem Rezept des Grafen Pückler verfahren werden sollen, das hätte ihnen nicht geschadet. — Ueber den Gang der Versammlung und die Reden, die gehalten worden, erschien in der „Staatsbürger-Zeitung“ ein sehr eingehender, in den Großstellen wortgetreuer Bericht, den der Dr. Wöttcher zu vertreten hat. Graf Pückler erkannte diesen Bericht im ganzen als zutreffend an und gab zu, kräftige Worte gebraucht zu haben. Angeklagter Bödler gab seinen Worten eine andre Auslegung. Er habe lediglich auf einige sehr dreiste jüdische Anführungen Bezug genommen, die bei dem Witower Prozeß in die Erscheinung getreten und auf diese bestimmten, der Vergangenheit angehörenden Fälle das Rezept des Grafen Pückler für praktisch erachtet. Er habe besonders hinzugefügt, daß er keineswegs zu Gewaltthätigkeiten aufzureizen wolle, sondern nur von Vergangenen spreche. Letzteres wurde von dem als Zeugen vernommenen Polizeikommandant Hartung bestätigt. Dieser Zeuge behauptete, daß die Versammlung sehr zahlreich von einem sehr fetten Publikum besucht gewesen sei; der Teil des Volks, der dort war, habe zu Gewaltthätigkeiten nicht aufgereizt werden können, man habe dem Redner beifällig zugejubelt und zugelächelt. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, daß nach seiner Auffassung nicht alles wörtlich zu nehmen sei, was der Graf Pückler sagte. Dieser bediente sich einer sehr blumigen Sprache. Er selbst habe diesen

Worte des Angeklagten nicht dahin aufgefaßt, daß sie nun auch ins Praktische überlegt werden sollten. — Staatsanwalt Filbrich erachtete die Thatbestandsmerkmale des § 180 St.-G.-B. für erfüllt. Dieser Paragraph verlange nicht, daß die Hörer des Grafen Pückler nach dessen Worten hinauslaufen und auf die Juden losdreschen; es genüge, wenn bei den Zuhörern die Gerechtigkeit hervorgerufen werde, bei passender Gelegenheit, bei Anruhen u. nach dem Rezept des Grafen Pückler zu verfahren. Wie jetzt die Dinge bei uns liegen, liege sogar eine nahe Gefahr dazu vor. Die Angeklagten mögen durch gewisse Auswüchse namentlich der jüdischen Presse zu kräftigen Ergüssen gereizt gewesen sein, solche aufreizenden Reden seien aber unzulässig. Wohin sollte man kommen, wenn solche aufreizenden Reden von den Vertretern der Arbeiter gegen die Arbeitgeber, von den Juden gegen die Christen, von Katholiken gegen Evangelische gehalten würden? Was dem Grafen Pückler recht sei, müsse doch den andern billig sein. Er beantrage gegen den Grafen Pückler 200 M., gegen den Angeklagten Bödler 50 M., gegen Dr. Wöttcher 200 M. Geldstrafe. — Rechtsanwalt Dr. Hahn beantragte dagegen die Freisprechung aller drei Angeklagten. Es sei nicht ausreichend, daß zu Feindschaften aufgereizt werde, es müsse direkt zu Gewaltthätigkeiten in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise angereizt werden. Diese Absicht habe Graf Pückler nicht gehabt. Er habe lediglich die Gefahren geschildert, die dem Vaterlande durch das Judentum drohen und dabei sich in Hyperbeln gefallen. Wegen viel stärkerer Ausdrücke sei er in Breslau und Glogau freigesprochen worden und deshalb habe auch Dr. Wöttcher das Referat ohne Bedenken aufgenommen. Der Angeklagte Bödler habe nichts gesagt, was einer Aufforderung zu Gewaltthätigkeiten ähnlich sehe. — Der Gerichtshof kam zur Freisprechung der drei Angeklagten. Die Anrechnung des Angekl. Bödler sei nur eine Kritik vergangener Dinge gewesen und nicht unter den § 180 zu bringen. Die dem Grafen Pückler zur Last gelegten Anführungen seien nach Ansicht des Gerichts nur bildlich und nicht wörtlich zu nehmen, es seien Ueberreibungen, die auf den ersten Blick sich als solche zu erkennen geben, nicht ernst genommen werden können und sollen, und nicht geeignet seien, zu Gewaltthätigkeiten anzureizen.

Das Gegenwartsjuchthand in Saarablen.

Von der Saar wird uns geschrieben: Die Firma Rud. Böding u. Cie. zu Halbergerhütte hat mit dem 1. Oktober einen „Erlaß“ in Kraft gesetzt, wie er eben nur im Machtbereich des Beherrschers von Saarablen denkbar ist. Es ist ein Kabinettstück der Gelehrsamkeit untrer Fabrikanten-Despotie. Kein Wunder — Herr Rudolf Böding ist ein Schwager des Herrn v. Stumm, und dieser selbst Teilhaber der Halberger Hütte. Wir übergeben das neueste Zeugnis grenzenloser Unternehmer-Ueberhebung hiermit dem Gericht der Öffentlichkeit. Es lautet unter Weglassung der nebenwärtigen Stellen wörtlich:

Disziplinar-Reglement für die Meister der Firma Rud. Böding u. Cie. zu Halbergerhütte.

Die Bestimmungen der allgemeinen Arbeitsordnung für die Halbergerhütte vom 1. März 1892 nebst Zusatz vom 18. April 1893 sind auch für die Meister der Firma mit nachstehenden Modifikationen maßgebend:

I. Die in den §§ 1-5 über die Sonntagsruhe enthaltenen Vorschriften finden auf die Meister keine Anwendung. Die Meister sind aber bei Strafe verantwortlich für die Befolgung dieser Vorschriften durch die Arbeiter.

II. (Wirft die Kündigungsgelt.)

III. Den Entlassungsgründen ohne die monatliche Kündigung, die in § 13 der Arbeitsordnung aufgeführt sind, treten hinzu:

11. Wer Arbeiter, welche unter ihm stehen, ohne speciell Erlaubnis der Firma, selbst gegen Vergütung, zu Privatziwecken benutzt, sie in Kost und Logis nimmt, Geld von ihnen leiht, oder sich Naturalien mit oder ohne Zahlung von ihnen liefern läßt.

12. Wer socialdemokratische Blätter hält oder verbreitet, an socialdemokratischen Versammlungen oder Vereinen teilnimmt oder auch Wirksamkeit frequentiert, in welchen socialdemokratische Versammlungen abgehalten werden oder Blätter dieser Richtung aufliegen.

IV. An Stelle des § 38 tritt nachstehende Bestimmung: Den Meistern ist bei Strafe verboten:

1. Gerichtliche Klagen gegen Angehörige des Werks, ohne dem Chef der Firma ihre dahingehende Absicht vorher mitgeteilt zu haben;

2. Geschenke an Vorgesetzte oder deren Familienmitglieder sowie jedes Nebengeschäft mit Ausnahme des Ackerbaus ohne speciell Erlaubnis des Chefs der Firma. Das letztere Verbot bezieht sich auch auf die Angehörigen des Meisters (Frauen, Kinder und Verwandte, welche zu seiner Haushaltung gehören);

3. außer dem Anspasserverein noch einer andern Krankenkasse anzugehören.

V. Das Strafmaximum in § 39 wird von 6 auf 10 M. erhöht.

VI. (Handelt von Zusatz zur Anspasserverein bei Invalidität und Gratifikationen bei günstigem Geschäftsabschluss. — Es sei hier bemerkt, daß in einem andern Kabinettstück bestimmt ist, daß die Unterschlagung an diejenigen Meister nicht ausgesetzt wird, die sich an socialistischen Versammlungen und Umtrieben beteiligen.)

VII. Will ein Meister sich verbreiten, so hat er diese Absicht vor der Hochzeit dem Chef der Firma mitzuteilen, widrigenfalls er die Kündigung zu gewärtigen hat.

Halbergerhütte, den 1. Oktober 1900.

Rud. Böding u. Cie.

Die Kohlennot.

Eine sehr zeitgemäße Schrift hat soeben der Verlag untrer Nürnberger Vertrieblatts, die Fränkische Verlagsanstalt, herausgegeben. Es ist eine Broschüre untrer Parteigenossen Dr. v. Haller über „Die Kohlennot“, eine außerordentlich interessante und gewissenhafte Arbeit, die auf dem beschränkten Raum das ganze zur Sache vorhandene Material zusammenträgt und, wenn auch in knapper Form, dennoch erschöpfend behandelt. Genosse Haller hat das Thema Mitte dieses Monats in einer Nürnberger Versammlung besprochen und folgt nun den Wünschen der Zuhörer, indem er den Vortrag in Druck giebt.

In der Vorrede wird wirksam gezeigt, wie mit der Gründung des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels 1893 die Preistreibeerei der Kohle begann, zunächst durch die Syndikalisierung der Produktion. Diese ist heute soweit fortgeschritten, daß von dem im vorigen Jahre in ganz Preußen gezeichneten 94 Millionen Tonnen Kohlen, 48 Millionen Tonnen — also mehr als die Hälfte — vom Syndikat produziert wurden. Um seinen Zweck zu erreichen, arbeitete das Syndikat nach zwei Richtungen: Einschränkung der Förderung, Forcierung der Ausfuhr. Das letztere erreichte das Syndikat mit folchem Erfolg, daß 1894 die Förderung gegen die Beteiligungsziffer um 5,03 Proz., 1895 um 8,33 Proz. zurückließ. Die Forcierung der Ausfuhr wurde mit folchem Erfolg betrieben, daß die Steinkohlen-Ausfuhrziffer von 9,08 Millionen Tonnen in 1893 auf 12,94 Millionen Tonnen in 1895 stieg, wobei die Gewährung billiger Ausfuhrziffern durch die preussische Staatsregierung dem Exporteifer noch verständlich entgegen kam. Dagegen konnten die Kohlenpreise auch in die Höhe gejagt werden. So betrug der Preis pro Tonne bei Kammkohlen 1893: 7,58 M., 1900: 12 bis 14,50 M., bei Fettkohlen 1893: 7,26 M., 1900: 10,50 M., bei Braunkohlen 1893: 7,50 M., 1900: 10 M., bei Coaks 1893: 8,78 M., 1900: 16,11 M., so daß sich heute die Kohlenversorgung nur unter schwersten persönlichen Opfern des Einzelnen vollziehen

lann. Die 2300 000 Tonnen Kohlenlieferung, die jetzt die preussische Staatsregierung für die Zeit von April 1901 bis 1902 ausgeschrieben hat, soll sie den Zechen mit 25-30 M. per Waggon höher bezahlen als die letzte Lieferung. In Rürberg stieg der Waggon böhmischer Braunkohle während neun Monate dieses Jahres um 88 M., in Zwickau die Stückkohle um 48 M. usw. Da jetzt das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat den Preis der Industriekohle nicht weiter treiben kann, plant es die Verbraucher der Hausbrandkohle aus, indem es den Preis dieser Kohle um 25-30 Pf. schraubt. Hierbei sind die treibenden Elemente die Großbanken, die gleichmäßig an Industrie und Bergbau beteiligt sind. Die Industrie wollten sie nicht mehr belasten und halten sich nun an die große Masse der kleinen Konsumenten.

An der Preistreiberei ist auch der Zwischenhandel beteiligt; er hat mit den Zechen große Massen abgeschlossen, so daß keinerlei Mengen mehr zur freien Verfügung stehen. Wie unerbötlich der Mangel ist, zeigt die Weigerung eines Kaufmanns, den Gewinn der Beherrscher des schlesischen Kohlenmarkts, Wollheim und Friedländer, auf 67000 M. pro Tag berechnen! Wie die Zechenkapitalisten durch die Bewehrung der Konsumenten verdienen, zeigen die Abschlässe verschiedener Gesellschaften. Es betrug die Dividende bei der Zeche Nordstern 1894 4 Proz., 1899 16 Proz., bei König Wilhelm 1894 5 Proz., 1899 20 Proz., bei Concordia 1894 5 1/2, 1899 21 Proz., Consolidation 1894 8 Proz., 1899 25 Proz., bei Arenberg 1894 35 Proz., 1899 75 Proz. Aehnliche Profite machten auch die bayrischen Aktien-Gesellschaften.

Geradezu empörend ist diesen Profitten gegenüber die Arbeiter-ausbeutung. Nach amtlichen Ausweisen betragen die Löhne im Bergbau Preussens im Durchschnitt 1898: 1010 M., 1899: 1070 M. Dieser lächerlich geringen Lohnerhöhung steht eine erschreckende Steigerung des Arbeiterrisikos gegenüber. Die Unfallziffern steigen im deutschen Bergbau, ebenso die Krankheitsziffern. Der Verfasser kritisiert alsdann die Regierungs-Maßnahmen gegen die Kohlennot in Preußen und Bayern, die nichts an dem Zustande der Dinge geändert haben, bespricht die Maßnahmen verschiedener Schachtwalrungen und weist aus den Berichten der Fabrikinspektoren nach, wie die steigende Erhöhung der Kohlenpreise auf das Existenzniveau der Arbeiterfamilie drückt. Zum Schluß macht er zur Einengung des Kohlenwunders folgende Vorschläge: weitere Ermäßigung des Rohstofftarifs, zollfreie Einfuhr von Kohlenersatzstoffen, wie Gasöl, Nichtbeteiligung der Regierung an Anteilen, einschränkende Kontrolle der Kohlenausfuhr, Verkauf der staatlichen Kohlenproduktion in erster Linie an kleine Konsumenten, Ausbau der Wasserstraßen und Kanalisation, Uebernahme der Kohlenversorgung durch die Gemeinden unter Abgabe zum Selbstkostenpreise. Geschicht nichts, so wird die Macht der Zechen und der Großhändler immer drückender werden, denn schon jetzt findet auf dem Gebiete der Kohlenproduktion eine stetige Konzentration des Kapitals statt. Im Ruhrgebiet bestanden 1860 281 Werke mit 29320 Mann Belegschaft. Heute bestehen 168 Werke aber mit 218 917 Mann Belegschaft.

Gegen die Verstaatlichung der Bergwerke äußert der Verfasser seine Bedenken. Daß konteraktiv-rückständige Kreise dieser Maßnahme das Wort reden, sollte uns Socialdemokraten wenig stören. Dem heutigen Klassenstaat die Vergewaltigung zu überantworten, sei ein verhängnisvolles Beginnen. Auf den staatlichen Erben sind die Arbeiterverhältnisse die traurigsten. Das Koalitionsrecht ist dort vernichtet, der Kreis der Staatsarbeiter ist das Jagdgebiet für die Wölfe in Schaffeldern, für die katholischen und protestantischen Jesuiten der Arbeiterbewegung.

Politisch kämpfen, gewerkschaftlich kämpfen, damit wir den organisierten Kapitalismus brechen können, ist der beste Ausweg auch aus dieser drückenden Not.

Das flut geführte Heft, mit seiner Fülle agitatorisch wirklicher, interessanter Materials, empfehlen wir zur weitesten Verbreitung.

Spanien.

Aus der „besten Gesellschaft“. Feinliches Aussehen macht das Verschwinden des spanischen Gesandten Don Guizarro aus Santiago (Chile), wo er für die spanische Regierung beglaubigt war. Er hat 250 000 bis 300 000 Dollar Schulden hinterlassen. Auch sonst sind skandalöse Gesähten von diesem sauberen Herrn aufgedeckt worden.

Afrika.

Aus Transvaal. Die Boeren haben in den letzten Tagen wieder verschiedene kleine Vorteile errungen. So haben sie Jacobdal nach hartnäckigem Widerstande der Besatzung erobert. Die Besatzung bestand aus 52 Mann; davon sind 34 Mann im Kampf verloren gegangen. Auch an mehreren Orten sind die Engländer von keinen Vorereignissen hart bedrängt worden. Dagegen wird aus Colesberg auch von einer Niederlage der Boeren gemeldet: Philippolis, das von den Boeren angegriffen und, nachdem es mehrere Tage gehalten worden war, erobert wurde, ist am 24. d. M. von der Boerenarmee in Verbindung mit zwei andern Abteilungen zusehender erobert worden. Es wurden dabei die Boeren in erheblicher Stärke angetroffen. Wie gemeldet wird, haben dieselben schwere Verluste erlitten. Eine Anzahl Boerenfrauen aus Jagersfontein sollen, wie berichtet wird, heute nach Colesberg auf der Eisenbahn postiert haben; sie sollen von dort weggebracht worden sein, weil sie den Feind unterstüht hätten.

Daily Mail meldet aus Kapstadt, Lord Roberts habe beschlossen, infolge der dringenden Vorstellungen der australischen Regierung die freiwilligen Australier in ihre Heimat zurückzuführen zu lassen, damit sie den Festlichkeiten anlässlich des Jubiläums der australischen Föderation beizuwohnen können.

Die demnächst erfolgende Ankunft Krügers in Europa macht der belgischen und holländischen Regierung viel Kopfschmerzen. In der holländischen Presse bespricht man allen Ernstes diplomatische Verhandlungen mit England anlässlich der voraussetzlichen Kundgebungen der Bevölkerung. Das „Handelsblad“ und andre große Blätter fordern die Bevölkerung auf, am Tag der Ankunft Krügers zu flagen und die Fahnen mit Trauerstreifen zu wehen. Eine solche Trauerumgebung mache einen tieferen Eindruck als jede andre und habe den Vorzug, zu keinerlei unliebsamen Störungen zu führen.

Die belgische Regierung hat der Transvaal-Gesandtschaft vertraulich mitgeteilt, daß, da ein längerer Aufenthalt Krügers in Brüssel die Gelegenheit geben könnte zu anti-englischen Demonstrationen, dies von der belgischen Regierung nicht würde geduldet werden können. Alle Kreise der Bevölkerung tadeln einen derartigen Schritt der Regierung, die Presse nennt das Verfahren nicht bloß hartnäckig, sondern taktlos.

Partei-Nachrichten.

Bei der Gemeinderatswahl in Wila (Sachsen) errangen unsere Parteigenossen einen schönen Sieg, indem sie die zweite Klasse der Unanständigen vollständig besaßen. In der ersten Klasse unterlagen unsere Parteigenossen, da hier ausschließlich Beamte einer größeren Fabrik und die Lehrer wählen.

Michael Fleischmann, ein alter Parteigenosse, der aus der Zeit des Sozialistengesetzes noch manchem in Erinnerung sein dürfte, ist in Frankfurt a. M., wo er ein Cigarrengeschäft betrieb, gestorben. Fleischmann war ein jener Opfer der Sozialistenvorfälle, die am Weihnachtsabend des Jahres 1887 aus Frankfurt a. M. ausgewiesen wurden. Er wandte sich damals nach Karlsruhe und hat dort bis zum Fall des Sozialistengesetzes ein Cigarrengeschäft betrieben. Er war ein fleißiger, thätiger Parteigenosse, der lange Jahre im Wiesbadener Reichstags-Wahlkreis kandidierte. In den letzten Jahren ist Fleischmann weniger politisch hervorgetreten, bleibende Verdienste hat er sich gerade in der schlimmsten Periode politischer Verfolgung für die Partei erworben.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag seine regelmäßige Vereinsversammlung ab, in der Frauheim Jule über die Arbeiterin in der Gewerkschaftsbewegung sprach. Dem Vortrag folgte eine kurze Diskussion und teilte sodann die Vorsitzende mit, daß Montag, den 6. November, die nächste Vereinsversammlung stattfindet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission ersucht die Charlottenburger Arbeiterklasse über alle an den früheren Obmann der Kommission, Fritz Wenz, in der Zeit vom 3. Februar 1899 bis 1. Juni 1900 überwiesenen Gelder und Listenansammlungen Auskunft zu erteilen.

Zur Entgegennahme dieser Auskunft ist hiermit der Metallarbeiter Wilhelm Menge, Bismarckstr. 77, Seitenstr. 2 Nr. (abends von 5-8 Uhr) ermächtigt.

Im Auftrage:

Otto Flemming, Schillerstr. 71.

Vertrauensmann der Gewerkschafts-Kommission.

Deutsches Reich.

Ueber das Wirken des verstorbenen Genossen Clausen wird uns nachträglich noch folgendes berichtet: Ein waderer Kämpfer ist der Arbeiterschaft Hamburgs am 23. Oktober durch den Tod entzogen worden. Wilhelm Clausen, der langjährige Redacteur des Former-Fachblatts „Südost“, hat am 23. Oktober die Augen für immer geschlossen. Seine Kräfte hatte Clausen vor allem dem gewerkschaftlichen Kampfe geweiht und so blieb es nicht aus, daß die Nachsicht des Antiernehmens für ihn und seine Familie die Strafe des Verhungerns bestimmte. Mitte der achtziger Jahre trat der Gemahregatte in die Buchdruckerei eines Genossen Fritz Meyer in Hamburg ein, nicht der einzige, der dort in schwerer Zeit ein Unterkommen fand. Ein halbes Menschenalter lang war Clausen in guten wie in bösen Tagen seinem Chef ein waderer Mitarbeiter und seiner Gewerkschaft wie ihrem Organ ein kluger, verständiger Leiter. Ein langwieriges Leiden begann vor einigen Jahren den Lebenskreis des erst in der Mitte der vierziger stehenden Mannes langsam zu zerstören. Mit Ausbietung aller Kräfte hielt Clausen sich aufrecht; trotz seiner Krankheit nahm er noch an den Verhandlungen des letzten Verbandstages regen Anteil und widmete die letzten Tage, bevor er sich in das Krankenlager begab, der Fertigstellung des Protokolls. Clausen hinterläßt eine Frau mit sechs unermüdeten Kindern. Das Andenken des braven, charakterfesten Mannes wird von seinen Kollegen und von der Arbeiterschaft Hamburgs in Ehren gehalten werden.

Ein christlich-socials Gewerkschaftskartell hat sich in Bochum konstituiert. Dasselbe besteht aus 13 Mitgliedern, von denen 8 den Vorstand spielen.

Polizei sehen beim Streik unterlag der Strafkammer in Frankfurt a. M. als Berufungsinstant zur Beurteilung. Angeklagt war ein Richter, der gelegentlich des Streiks der Aufforderung des Polizeibeamten, sich zu entfernen, nicht Folge leistete. Die Strafkammer verworft die Berufung, schloß aber die Strafe von 20 M. auf 6 M. herab. In der Begründung heißt es: Nicht jeder Schupmann ist ohne weiteres berechtigt, jeden Richter von der Strafe fortzuweisen. Es muß geschehen zum Zweck der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Das ist in diesem Fall geschehen. Die Schulde hatten den betreffenden Auftrag erhalten, weil die Hilfe der Polizei gegen Verletzungen der Arbeitstätigen durch Unständliche angerufen worden war. Da jedoch der Angeklagte geglaubt haben mag, er habe ein Recht, da zu stehen, so wurde die Strafe auf 6 M. ermäßigt.

Die Buchbinder in Frankfurt a. M. treten in den Ausstand ein, da die Prinzipale auf die unterbreiteten Forderungen ein nur sehr mäßiges Entgegenkommen zeigten. Der Streik kann ein recht hartnäckiger werden, da die Meistervereinigung einen recht prologischen Standpunkt einnimmt und in einer dieser Tage stattgehabten Versammlung beschloß, sich solidarisch zusammen zu ziehen und während der Lohnbewegung in Lohnstreitigkeiten nicht mit der Gehilfenchaft und deren Vertretern direkt zu verhandeln, sondern dieselben an die Kommission der Arbeitgeber zu verweisen.

Zur Lohnbewegung der Weber im Culengebirge. Dieser Tage hielten die Weber, Weberinnen und Spuler des Culengebirges, so weit sie in der Hausindustrie beschäftigt sind, wiederum eine Versammlung ab. Dieselbe fand in Steinseifersdorf, Kreis Reichenbach statt, und erzielte sich eines ebenso starken Besuchs als die in Leutmannsdorf abgehaltene Weberversammlung. Namens der Weberkommission des Culengebirges erstattete der Hausweber Karl Kainz, Leutmannsdorf Bericht. Von den 36 in Betracht kommenden Firmen haben bereits 10 sich mehr oder weniger zustimmend zu der Lohnforderung — die Weber fordern belamlich 10 Proz. Lohnerhöhung — geäußert. Einige Firmen haben auch bereits Lohnerhöhungen statifunden lassen. Aus allen Schreiben geht der Wunsch hervor, daß alle Fabrikanten bewilligen möchten, damit die anständigen Fabrikanten gegenüber den Nichtbewilligern nicht ins Hintertreffen geraten. Alle Fabrikanten erkennen in ihren Antwortschreiben die Möglichkeit und Notwendigkeit der Lohnerhöhung an. Mehrere drängen geradezu auf Einführung eines einheitlichen Lohns. Ein Fabrikant schlägt vor, daß die Weber nur bei solchen Fabrikanten arbeiten möchten, die den festzustellenden Lohnsatz bewilligen. Der Inhaber der Firma Alter in Peterswaldbau, der auch bereits Lohnerhöhungen den von ihm beschäftigten Hauswebern zugestanden hat, hat sich bereit erklärt, mit den übrigen in Betracht kommenden Fabrikanten zwecks Einführung eines einheitlichen Lohnsatzes Rücksprache zu nehmen.

Soweit der Bericht der Kommission, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Es folgte nun eine Ergänzungswahl zur Weberkommission. Unter andern wurde August Klingberg, Steinseifersdorf gewählt. Klingberg ist vor 5 Jahren auch der weiteren Öffentlichkeit bekannt geworden. Damals waren vom Kaiser Geldmittel zur Verfügung gestellt worden, um die Gerätschaften der Weber auszubessern; auch Klingberg glaubte, daß der Werkstuhl seiner Tochter ausgebessert werden könnte. Das geschah aber nicht. Vielmehr erhielt Klingberg ein Reinerz, den 16. Oktober 1895, datiertes Schreiben, worin ihm der Igl. Veggemeister Franzosenberg mitteilte, daß er die Unterstützung nicht bekommen könnte, weil er ein Führer des socialdemokratischen Vereins in Steinseifersdorf sei. Gemäß der bestehenden Instruktion könne er deshalb der Unterstützung nicht als würdig erachtet werden, trotzdem er ihm — dem Veggemeister — als armer, unterstützungsbedürftiger Weber bekannt sei. Hinzugefügt war noch, daß, falls sich das Verhältnis ändere — Klingberg also nicht mehr socialdemokratischer Führer sei —, er auch Unterstützung bekommen könne. Damals sorgten die Parteigenossen dafür, daß Klingberg nicht zu kurz kam. Klingberg verkaufte seine Ueberzeugung nicht und daß der nun 78jährige noch immer auf dem Posten für die Bewegung ist — das beweist seine Wahl in die Weberkommission.

Am 23. September er. war bereits in Leutmannsdorf folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

Die in Leutmannsdorf stattfindende, von 300 Hauswebern, Weberinnen und Spulern des Culengebirges besuchte Versammlung richtet an den hohen Reichstag das Ersuchen, eine Aenderung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes dahingehend vorzunehmen, daß die Weber, Weberinnen und Spuler der Hausindustrie von den Beiträgen zu der genannten Versicherung befreit werden, da das Zahlen der Beiträge den Angehörigen der Hausindustrie bei ihren färglichen Löhnen oft geradezu unmöglich ist. Die Versammlung schlägt vor, daß der Anfall der Beiträge durch eine Reichs-Einkommensteuer gedeckt werde.

In Steinseifersdorf stimmte man einhellig dieser Resolution zu. Gleichzeitig nahm man eine Resolution an, die sich gegen den Lebensmittel-Mangel wendet. Die Resolution lautet:

Die Versammlung legt auf das entschiedenste Protest ein gegen die beschlossene Verteuerung der Lebensmittel.

Die Versammlung ersucht den hohen Reichstag, im Interesse der armen Bevölkerung des Culengebirgs jede Erhöhung der Lebensmittelpreise abzulehnen, da die Culengebirgs-Bevölkerung ohnedies schwer unter der Verteuerung der Lebensmittel zu leiden hat.

Ausland.

Ueber den Bergarbeiter-Ausstand in Pennsylvania wird aus New York berichtet: Der Ausstand in Hazleton ist, soweit die Gesellschaften in Frage kommen, die die Forderungen der Arbeiter erfüllt haben, beendet. Die Arbeit wird am nächsten Montag wieder aufgenommen.

China.

Die Nachrichten aus dem Gebiet der „Strafexpeditionen“ sind sehr spärlich. Die Russen sind fast gänzlich abgezogen, Japaner sind ebenfalls nur noch in geringer Zahl vorhanden, nur die Deutschen, Franzosen und Engländer suchen im Norden Chinas noch Vorberren zu ernten. So haben die Deutschen wiederum zwei Krupp'sche Kanonen von „im Abzuge begriffenen“ Chinesen erbeutet.

Aus Süchina dagegen liegen wieder alarmierende Nachrichten über demnächst zu erwartende Kämpfe vor. Die „Times“ melden aus Shanghai: In gut unterrichteten Kreisen herrscht die entschiedene Meinung, daß die militärische Lage in der Provinz gegenwärtig unmöglich werde; Vorräte, Waffen, Munition, Nahrungsmittel und Geld werden noch immer in großen Mengen vom Jangtse aus nach dem kaiserlichen Hof gebracht. Die chinesischen Truppen daselbst und im Norden von China werden eifrig einberufen und im Schießen geübt unter dem Kommando europäisch ausgebildeter Unteroffiziere.

Die „smarten“ Engländer.

Der Pariser „Temps“ schreibt: Die „Times“-Meldung, wonach Deutschland angeht, daß die sich verschlimmernde Lage im Jangtse-Thale beschloffen habe, mit Truppen einzurücken, wird hier als eine logische Folge der jüngst geschloffenen Konvention zwischen England und Deutschland betrachtet. Man nimmt hier an, daß England in Anbetracht der Unmöglichkeit, seine Interessen im Jangtse-Thale genügend zu vertreten, das Abkommen mit Deutschland abgeschlossen habe, damit die deutschen Truppen im Jangtse-Thale für Deutschland und England gleichzeitig einmarschieren können, ohne dadurch die Eifersucht der andern Mächte herauszubekommen.

Es würde in der That jener Auslegung des deutsch-englischen Vertrags nahe kommen, wenn die deutsche Regierung sich herbeilassen würde, den Engländern das Jangtse-Thal von den „Aufständischen“ zu säubern. Das hieße, sich in China immer mehr engagieren und den Engländern die Rastlosen aus dem Feuer holen.

Die Bekrafung der „Schuldigen“.

Paris, 26. Oktober. Der „Agence Havas“ wird aus Peking vom 24. d. Mts. gemeldet: Prinz Tching und Li-Hung-Tschang teilten den Gesundheitsminister mit, nach denen die Prinzen und Minister, die für die Unruhen verantwortlich sind, nach dem Grade ihrer Schuld bestraft werden sollen. Der Kaiser erkennt ferner an, daß Tzingschun sich großer Verdienste schuldig machte und beauftragt Tching und Li-Hung-Tschang, die Strafe anzugeben, welche Tzingschun und die Prinzen, deren Bekrafung die Europäer verlangen, verdienen. Die Bevollmächtigten erklären, daß der Kaiser einige Prinzen aus freien Stücken bestraft habe, daß Kaucht einer Krankheit erlegen sei und daß Tzuan und Tschung sich nicht bei dem Hofe befinden. Die Gesundheitsminister sind von diesen Mitteilungen nicht befriedigt.

Der amerikanische Gesandte Conger scheint aber von seiner Regierung zu möglicher Beschleunigung der Verhandlungen angepornt zu werden. Es ist ihm die Weisung zugegangen, sofort die Verhandlungen mit den amerikanischen Bevollmächtigten auf Grundlage der Punkte zu eröffnen, über welche sich alle Mächte geeinigt haben. Die Regierungen werden über die Punkte, bei welchen Meinungsverschiedenheiten bestehen, unter einander verhandeln, um zu einer weiteren Verständigung zu gelangen.

Zur Zolltarifffrage.

Köln, 26. Oktober. Die „Kölnische Zeitung“ bringt folgendes Telegramm aus Berlin von heute:

Mehrfach wird gemeldet, daß der neue Zolltarif den Wirtschaftlichen Ausschuss mit einer Maximal- und Minimal-Rubrik verlassen habe, daß also die Idee des Doppeltarifs zum Siege gelangt sei. Dem gegenüber können wir auf Grund sorgfältiger Erhebungen feststellen, daß der Wirtschaftliche Ausschuss sich eines Beschlusses zu Gunsten der Aufstellung eines Doppeltarifs überhaupt enthalten hat. Die Vorzüge und Nachteile einer solchen grundsätzlichen Aenderung sind allerdings bei den letzten Beratungen im Wirtschaftlichen Ausschuss eingehend erörtert worden, man hat es aber mit Absicht unterlassen, über diese Frage, die zunächst der Entscheidung des Reichsanzlers unterliegt, einen förmlichen Beschluß herbeizuführen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Stichwahl in Brandenburg melden später eingehende Telegramme, daß Peus 10 991 und Böbel 10 343 Stimmen erhalten habe.

Die Wahl in Wanzleben.

Wanzleben, 26. Oktober. (B. T. O.) Bei der heutigen Reichstags-Stichwahl im Kreis Wanzleben erhielt nach den bisherigen Feststellungen: Schmidt (natl.) 8692 und Gerlach (Soz.) 6481 Stimmen.

Neue Siege.

Bei den Landtagswahlen in Weimar siegten wir bis jetzt in den Wahlkreisen Apolda und Jmenau.

Amerika an den Philippinen.

Washington, 26. Okt. (Meldung des Reuterschen Bureaus). Eine Depesche des Generals Mac Arthur aus Manila vom heutigen Tage meldet: Eine Abteilung von 100 Amerikanern griff die Aufständischen in der Nähe von Narvigan an; sie fanden eine starke Stellung vor, die von 1400 Aufständischen besetzt war. Es entspann sich ein verzweifelter Kampf. Die Amerikaner waren angeht der großen Uebermacht des Feinds gezwungen, nach Narvigan zurückzuführen. Auf ihrer Seite wurden ein Lieutenant und vier Mann getötet, neun Mann verwundet; vier Mann wurden demüht. Der Verlust der Aufständischen wird auf 150 Mann geschätzt.

Erfolge der Boeren.

London, 26. Oktober. Das Reutersche Bureau meldet vom 19. d. Mts. aus Johannesburg: Am 8. d. Mts. schiffte Hans Voiba mit einer Boerenabteilung einen Eisenbahnzug mit einer Granatwaggontruppe der Schützenbrigade zwischen Heidelberg und Greylingstad ab; zwei britische Offiziere und eine Anzahl Leute fielen, das ganze Detachement mußte sich schließlich ergeben.

Aus Moskau meldet dasselbe Bureau vom 22. d. M., Präsident Steyn befindet sich in Jontseburg, und habe diesen Ort als Hauptstadt des Freistaats proklamiert.

Verdunst (am Nowschen Meer), 26. Oktober. (B. T. O.) Heute früh überdünnte während eines mit heftigen Regenschauern verbundenen Sturmes eine Meereswelle den Quai und einen Teil der Stadt; der Schaden ist bedeutend, auch sind Verluste an Menschenleben zu beklagen.

Wer gegen Brotwucher, Rhabiwahn und Arbeiterknebelung protestieren will, gebe bei der Nachwahl im sechsten Wahlkreise für den Kandidaten der Socialdemokratie, Schriftsteller Georg Ledebour, seine Stimme ab.

Parteigenossen, Genossinnen und Genossen!

Die Nachwahl am 30. Oktober im sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreise steht vor der Thür. Da richten wir an Euch alle die dringende Aufforderung, alle Kräfte anzuspannen, um dafür zu sorgen, daß durch eine möglichst große Stimmabgabe für unseren Kandidaten

Schriftsteller Georg Ledebour in Berlin

ein neuer imposanter Sieg der socialdemokratischen Sache gewonnen werde, ein Sieg, der ein Protest sein muß gegen die überwachende Reaktion, die weltpolitischen Abenteuer, die hunnenmäßige Kriegsführung im Auslande und die Spinnenpolitik gegenüber den Arbeitern im Inlande mit ihrer Folgereichthum, der Korruption der herrschenden Klassen.

Kamentlich aber ergeht der Aufruf zur Agitation an die Genossinnen, denen durch die Kohlennot, die drohende Getreidezoll-Erhöhung, die Steigerung der Lebensmittelpreise, den Wohnungswucher vielfacher Anlaß zur Aufklärung und Aufreißung der Sämnigen gegeben ist.

Wer aber helfen will am Wahltage von den Genossen anderer Kreise, der wird Gelegenheit genug haben sich zu betätigen. Es werden Listenführer, Zettelverteiler usw. gebraucht. Solche Genossen, die jetzt schon in der Lage sind, über ihre Zeit am 30. Oktober verfügen zu können und eine Liste übernehmen können im Wahllokal, mögen sich für Noobit bereithalten, wo die Kräfte und nicht so zahlreich zur Verfügung stehen, wie in den anderen Stadtteilen; für die Listenführung werden diese Genossen also ersucht, sich jetzt schon zu melden bei:

Joh. Pfarr, Pultitzer 10, Telephon: Amt II, 3421.

Am Wahltage selbst bitten wir die Genossen anderer Wahlkreise, die sich zur Verfügung stellen wollen, außer bei Pfarr auch noch in den folgenden Lokalen morgens acht Uhr sich zu melden:

Wachgänger, Swinnewänderstr. 34, Telephon: Amt III, 6167.

Tauschel, Biesenstr. 29, Telephon: Amt II, 1233.

Ramelow, Schönhauser Allee 135, Telephon: Amt III, 5294.

Frei als Werk für den Sieg unserer Sache am 30. Oktober!

Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß am Sonntagvormittag eine

Flugblatt-Verbreitung

stattfindet. Wir ersuchen diejenigen, welche bei der Verbreitung helfen wollen, sich pünktlich morgens 8 Uhr (außer in den bekannten Stellen) in folgenden Lokalen einzufinden: J. Pfarr, Pultitzer 10; Krause, Müllerstr. 7a; Schulze, Schwarzkopffstr. 15; Thomas, Gartenstr. 152; Weinmann, Prinzen-Allee 21; Geymann, Putznerstr. 45; Wachgänger, Swinnewänderstr. 34; Rosin, Nippiner- und Schönholzerstraßen-Ecke; Hoppe, Adlerstraße 21; Schönfeld, Behdebellnerstraße 9. Zahlreiche Beteiligung der Genossen und Genossinnen ist Ehrenpflicht.

Das socialdemokratische Wahlkomitee.

Tokales.

Für unsere Leser im sechsten Reichstags-Wahlkreise liegt der heutige Nummer des „Vorwärts“ eine Beilage bei, welche die Einteilung der Wahlbezirke zur Nachwahl enthält. Wir bitten, diese Beilage für den 30. Oktober aufzubehalten.

Die Berliner Klamottenlutscher. Von der Ansicht ausgehend, daß der Einzelne dem Kapital und dem Unternehmer gegenüber machtlos ist, haben sich in den letzten Jahrzehnten die Arbeiter Berlins in fast allen Branchen zu großen Vereinigungen zusammengeschlossen, in welchen die zerplitterten Kräfte in einanderfließen zu einem gewaltigen Strom, in dessen Mäandern auch der einzelne Arbeiter ein gewisses Gefühl der Sicherheit und des Geborgenseins haben kann. Es dürfte nur noch ganz wenige Berufe in Berlin geben, in denen es keine Organisationen der Arbeiter gibt und zu diesen wenigen gehört der Beruf der Klamottenlutscher. Dieser Arbeiter gehört trotz seiner übermenschlich langen Arbeitszeit zu den am schlechtesten abgelohten Arbeitern, seine Arbeitszeit beginnt meistens schon um 4 Uhr früh mit dem Pferdeputzen und dauert bis in die sinkende Nacht hinein. Seltener wird für diese Schinderei mehr wie 15 Mk. die Woche bezahlt, dabei liegt der Arbeiter den ganzen Tag über auf der Straße und ist allen Witterungseinflüssen ausgesetzt. Es kann nicht Wunder nehmen, wenn bei solchem Lohn und bei solcher Arbeitszeit, um das Hungergefühl zu betäuben und den müden Körper immer wieder von neuem aufzustacheln, ein beträchtlicher Teil des Wochenlohns in Alkohol umgeseht wird. Nicht einmal über einen freien Sonntag, den doch jeder Arbeiter hat, verfügt dieser Großstadtproletarier, denn dann muß er gewöhnlich neben dem Pferdeputzen noch allerlei Verrichtungen, wie Holzzerkleinern und dergleichen, für den „Fuhrherrn“ besorgen. Und was nützt ihm auch der freie Sonntag! Er hat kaum soviel in seinem Besitz, um das Notwendigste zum täglichen Dahinvegetieren beschaffen zu können. Wie soll da an eine Erholung des Körpers zu denken sein! Und geistige Bedürfnisse kennen die meisten dieser zu Boden gedrückten Proletarier überhaupt nicht. Die meisten „Klamottenlutscher“ haben noch nicht einmal eine Schlafstube, sondern sie schlafen beim „Fuhrherrn“ im Stall, auf dem Heuboden, im Schuppen, und oft tragen sie jahraus jahrein dieselben Kleidungsstücke. — Wann wird es möglich sein, auch diese Berliner Arbeiterparias zu denkenden und klaffenbewußten Proletariaten zu machen?!

Das Magistratskollegium hat dem Beschlusse der Verlebens-Deputation zugestimmt, daß die Genehmigung zur Einführung der unterirdischen Stromzuführung unter der Bedingung erteilt werde, wenn die Straßenbahn-Gesellschaft sich verpflichtet, diejenigen Nebelkosten zu ersetzen, welche eintreten, wenn die Anlage städtischer Untergrundbahnen dadurch erschwert oder verteuert wird und in den für diese Anlagen gewählten Straßen Kabel oder Kanäle der Straßenbahn-Gesellschaft liegen, welche unterirdische Stromzuführung vermitteln.

Die Feuerbestattung ist bekanntlich bisher von den preussischen Staatsbehörden nicht genehmigt worden, trotzdem die städtischen Behörden in Berlin wiederholt ihre Einführung beschlossen haben. In der von dem Vorstände des hiesigen Vereins für Feuerbestattung auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde errichteten Urnenhalle (Stolumbarium) sind in der Zeit vom 1. April 1899 bis 31. März 1900 zwölf neue Urnen mit Leichenbrand aufgestellt worden, so daß sich dort im ganzen 158 solcher Urnen befinden. Außerdem wurden noch drei Urnen in der Erde beigelegt, so daß insgesamt 17 Urnen bis jetzt in dieser Art untergebracht sind. — Im Treptower Park

befindet sich noch ein zweites, dem hiesigen Feuerbestattungs-Verein unterstelltes Stolumbarium, das seiner Zeit auf Gemeindebeschluss widerrechtlich eingerichtet wurde. Dasselbst sind ebenfalls verschiedene Urnen mit Leichenbrand aufgestellt. Der im April 1898 in Betrieb gewonnene Verbrennungsofen in der Diefelmeyerstraße dient nur zur Verbrennung von Körperteilen, müssen diese von lebenden Menschen aus Amputationen herrühren oder zu Leichen gehören, bei denen jede Leichenindividualität verloren gegangen ist. Nur die Verbrennung solcher Teile ist durch die Staatsbehörden gestattet worden. Die Leichenteile z. werden in mit Zink ausgelegten Holzkästen in den Verbrennungsofen eingeführt. Im Jahre 1899/1900 sind 336 solcher Kästen (je circa 2 Centner schwer) mit Leichenteilen z. eingeschickt worden. Brände haben 168 stattgefunden, so daß zu jedem Brande 2 Kästen in den Verbrennungsofen eingeführt worden sind.

Die Oefen auf Schiffen und in den Warteallen. Die Oefen und Kochherde, die sich in den Wohnräumen der Spree- und Oberfläche befinden, sind oft in so defektem Zustand, daß bei längerem Aufenthalt in diesen engen, kleinen Räumen die Schiffsbewohner durch den sich anammelnden Kohlendunst nicht selten von ernstlichen Erkrankungen betroffen werden, ja tödliche Erkrankungs-fälle sind auf diese Weise verursacht worden. Ähnliche Vorkommnisse auf Elbfahrten und Schiffen haben die Hamburger Polizeibehörde zum Erlaß einer Verordnung veranlaßt, die bestimmt, daß alle Oefen und Kochherde, die zur Heizung auf Wasserfahrzeugen verwendet werden, in gutem gebrauchsfähigen Zustand sich befinden müssen, daß keine Ofenklappen an denselben vorhanden sein dürfen. Qualmende Oefen dürfen nicht zur Heizung der Wohnräume auf Schiffen verwendet werden. Die Rauch-abzugsrohre müssen an den Decken möglichst frei von andern Gegenständen stehen, auch darf der Rauchabzug nicht durch Gegenzug behindert sein. Ebenso muß für gründliche Reinigung der Oefen gesorgt sein und die Thür der Feuerung stets frei bleiben. Beheizen der Oefen mit Petroleum oder dergleichen ist verboten. Die Bekanntmachung ist auf dem Schiff in der Nähe der Ofen anzuschlagen. Auf den Spree- und Oberflächen ist die Erlaß einer solchen Bestimmung ebenfalls sehr not.

Eine ähnliche Klage muß man in Betreff der auf den Warteallen der Stadt- und Ringbahn aufgestellten Cooksofen erheben. Dieselben sind zum Erwärmen von Antientholtsräumen für Menschen wenig geeignet. Sie haben vielfach unrichtige Stellen und erstickenden engen, bei kalter Witterung teilweise dicht mit Menschen besetzten Raum mit einem lästigen, trocknen und ungelundenen Kohlendunst. Auch der sich auf den heißen Oefen vielfach ablagernde Staub trägt trotz des häufigen Oeffnens der Thür sehr zur Verschlechterung der Luft bei.

Gestern sind in der Sieges-Allee die Standbilder Friedrich Wilhelm IV. und eines Kurfürsten aus dem 16. Jahrhundert in Gegenwart des Kaisers eingeweiht worden. Der Kaiser ließ sich bei dieser Gelegenheit hiesigen Blättern zufolge den Bürgermeister Brinckmann vorstellen. Dem Benehmen nach sprach der Monarch dem Bürgermeister gegenüber in allgemeiner über die hohen kommunalen Aufgaben, die seiner warteten und über die „musterhafte Ordnung in der Reichshauptstadt“.

Wilhelm II. In der „Voss. Zig.“ lesen wird: Professor Karl Vegas erhielt gestern vom Kaiser den Kronenorden 3. Klasse und dazu einen neuen bemerkenswerten Auftrag: der Künstler wurde damit beauftragt, ein Rarmorstandbild Kaiser Wilhelm II. zu schaffen. Dieses Werk hat der Herrscher der neuen Raumeshalle in Darmen als Geschenk gemacht.

Die Reste einer alten Obstbaum-Allee, die schon vor Jahren aufgehört hat, ihren Zweck zu erfüllen, befinden sich noch innerhalb der Berliner Reichsgränze in dem nördlichen Teile der Prenzlauer Allee. In dieser Straße steht, an ihrer Kreuzung mit der Danzigerstraße beginnend, noch eine Reihe von Birnbäumen. In neuerer Zeit hat sich dafür kein Pflücker mehr gefunden, weil die Anlage, die früher einmal bis in die Nähe des Prenzlauer Thors gereicht hatte, bei dem Fortschritt der Bebauung der Prenzlauer Allee immer mehr eingeschränkt wurde. Auch soll es in so unmittelbarer Nachbarschaft bebauter Gebiete der Großstadt immer schwerer geworden sein, die reisenden Früchte vor kleinen und großen Langfingern zu hüten. In den letzten Tagen ist nun auf dem östlichen Rande der Prenzlauer Allee bis zum Ringbahnhof alles, was an Birnbäumen hier noch übrig geblieben war, beseitigt worden, weil in Kürze auf der Strecke zwischen Heubel- und Stargarderstraße mit der Kanalisierung der Prenzlauer Allee begonnen werden soll. Die jetzt beseitigten Bäume wie die weiter erhalten gebliebenen haben noch alljährlich, auch in diesem Jahre, ziemlich viel Früchte getragen. Gleichwohl begrüßt hier längst keine reife Birne mehr den Herbst. Die städtische Parkverwaltung läßt, seit die Bäume nicht mehr verpachtet sind, die Früchte unreif abnehmen, um zu verhindern, daß die Kinder diese Arbeit besorgen.

In die Berliner Kanalisation entwässerten bis zum 31. März 1900 26 092 Grundstücke. Davon gehörten 24 972 zu Berlin, 572 zu Charlottenburg, 203 zu Schöneberg, 285 zu Lichtenberg. In den Vorortgemeinden, die mit einem Teil ihres Gebietes an die Berliner Kanalisation angeschlossen sind, werden künftig auch Vorkoggenhummelsburg, Stralau und Tempelhof gehören.

Immer langsam voran! Aus dem Rathaus wird gemeldet: Das Magistratskollegium beriet in mehrstündiger geheimer Sitzung die Wohnungsfrage, ohne zu einem endgültigen Beschlusse zu gelangen. In einer neu anzuberaumenden Sitzung soll die Angelegenheit zur Erledigung gelangen.

Uebnahme des Friedrich-Kinderkrankenhauses durch die Stadt. Die Kommission zur Vorbereitung der Uebnahme des Kaiser Friedrich und Kaiserin Friedrich Kinder-Krankenhauses hielt am Donnerstag im Rathaus eine Sitzung ab, an welcher sich die Professoren Virchow und Wagner, sowie die Stadträte Voil und Dr. Straßmann beteiligten. Es fand nur ein allgemeiner Austausch der Ansichten statt, wobei allseits anerkannt wurde, daß wenn die Verwaltung in der bisherigen Weise fortgeführt werden sollte, ferner erhebliche Zuwendungen erforderlich sind. Der Krankenhausverein habe im letzten Jahre einen Zuschuß von 40 000 Mk. geleistet, den die Anstalt auch in Zukunft nicht wird entbehren können.

Vom Kriegsschmuck der Großen Berliner. Auf der elektrischen Straßenbahn schwer verunglückt ist gestern Abend gegen 11 Uhr der 24 Jahre alte Buchhalter Paul Kubenl aus der Hiltstraße 6 zu Steglitz. Der junge Mann, der in Berlin beschäftigt ist, ging auf dem Heimwege durch die Rosenhoferstraße und wollte an der Gipsstraße einen elektrischen Wagen besteigen. Eine Droßke, der er ausweichen mußte, brachte ihn so in Verwirrung, daß er unter den Straßenbahnwagen geriet und ein Stück Wegs gefahren wurde. Dem Unglücklichen wurde der Schädel schwer verletzt und der Brustkasten eingedrückt. Ein Sanitätsmann brachte ihn nach der Charité, wo er noch bewußlos darniederliegt.

Auch dieser Unglücksfall zeigt wieder, daß die Schutzvorrichtung an unseren Straßenbahnwagen nicht taugt und

ihren Namen nicht im geringsten verdient. Ueberfahren im eigentlichen Sinn wird ja selten jemand. Dagegen schlägt ja zumeist der Rahmen, der die Räder umgibt. Während aber anderwärts die ganze Schutzvorrichtung vorn über den Wagen hinausrückt, liegt sie bei uns unmittelbar vor und neben den Rädern. Den Raum von der vorderen Plattform bis zum Radwerk läßt sie frei. Wer aber unter die Plattform gerät, der ist in der Regel nicht viel besser daran, als der, über den die Räder hinweggehen. Das schlimmste ist, daß auf beiden Seiten die Leitstange so tief herab reicht, daß sie den Verunglückten zwischen sich und dem harten Straßenpflaster zerquetschen muß, wo sie ihn gerade trifft. Leider sind das durchweg gerade sehr empfindliche Körperstellen, der Schädel, die Brust und der Unterleib, und so kommt es, daß so viele Unfälle auf der Straßenbahn schwer, ja tödlich verlaufen, obwohl der Verunglückte nicht „überfahren“ wurde. Da kann nur ein Schutzrahmen abhelfen, der den ganzen Wagen umfaßt.

Im Krankenhaus Bethanien verunglückte gestern eine Reumasschraube dadurch, daß sie von der Leiter fiel und den Arm so gefährlich brach, daß er wahrscheinlich amputiert werden muß. Sollten sich in öffentlichen Anstalten keine Leitern anschaffen lassen, die Schutzvorrichtung vor solchen Unglücksfällen gewähren?

Arbeitererziko. Den Unterschenkel im Treibriemen eingeklemmt hat in der Asphaltfabrik von Reh u. Co., Gehnholtzstr. 8 in Charlottenburg, der 33 Jahre alte Arbeiter E. Stromstr. 87 wohnhaft. Bei der Arbeit war er in den Treibriemen geraten, und der rechte Unterschenkel war ihm vollständig abgerissen, ehe die Maschine angehalten werden konnte. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation XI gebracht, welche die erste Hilfe leistete, und kam von dort nach dem Charlottenburger Krankenhaus.

Gastwirte contra Warenhäuser. Gegen die Erteilung von Schankkonzessionen, insbesondere aber der vollen Konzession an Warenhäuser, hat der Verband der Gast- und Schankwirte Berlins eine Eingabe an den Stadtausschuß gerichtet.

Ein dreier Diebstahl wurde am Mittwochmorgen vor dem Justizpalast in Moabit angeführt. Der städtische eines „herkömmlichen“ Fuhrwerks hatte einen Termin wahrzunehmen. Er überließ während seiner Abwesenheit einem andern Kutscher die Beaufsichtigung über sein Fuhrwerk. Als er wieder vor das Gebäude trat, war sein Fuhrwerk verschwunden. Der von ihm beauftragte Kollege hatte mit seinem eignen Fuhrwerk fortgefahren und das fremde ohne Beaufsichtigung stehen lassen müssen. Dies hatten sich zwei Männer zu nutze gemacht, von denen der eine im Innern der einpännigen Equipage Platz nahm, während der andre sich auf den Bodschwanz und dann davonstürzte. Bisher sind die Ermittlungen nach dem Verbleib des Fuhrwerks erfolglos gewesen.

In der Kergerschen Wardsache sind die Nachforschungen soweit gediehen, daß das Ermittlungsverfahren in die Voruntersuchung übergeben worden ist. Staatsanwalt Dr. Kay, der die Untersuchung bisher führte, hat sie an den Untersuchungsrichter abgegeben. Der verhaftete Klempner Müller leugnet nach wie vor. Daß er am Abend vor dem Mord mit Frau Keger zusammen gewesen ist, laun er nicht bestreiten. Das ist aber auch alles, was er zugibt. Mit der Frau in der Schuldenverfälschung oder gar in dem Hause, in dem sie später ermordet aufgefunden wurde, gewesen zu sein, stellt er immer noch entschieden in Abrede. Dabei beginnt er auch, den „weisen Mann“ zu spielen. Andererseits aber macht er immer neue Versuche, sein Alibi nachzuweisen, aber mit wenig Glück. Schwer belästigt ist neuerdings die Bekundung eines Zeugen über das Tuch, das in den Mund der Ermordeten hineingepreßt worden war. Dieser Zeuge, der Müller genau kennt und auch mit ihm am Abend vor dem Mord verkehrte, beschrieb genau, was für ein Tuch er an jenem Abend trug. Nun ist das Tuch, mit dem man Frau Keger erstickte und das mit geronnenem Blut befeuchtet war, gereinigt worden, und es zeigt sich jetzt, daß die Beschreibung, die der Zeuge von Müllers Tuch gab, ohne das bei Frau Keger gefundene gesehen zu haben, genau auf dieses paßt. Müller aber leugnet, daß es dasjenige sei. Die Nachforschungen über das Vorleben des Verhafteten ergaben, daß er sich 3 1/2 Jahre lang unangemeldet in Berlin aufgehalten hat.

Als sie ihrem Manne das Mittagessen zur Arbeitstunde bringen wollte, verunglückte gestern in der Kolonnenstraße die Arbeiterfrau B. aus der Lauenburgerstraße dadurch, daß sie mit ihrem Kindewagen unter den Plattenwagen des Speditors Bierle aus der Griesstraße geriet. Der Frau wurden beide Beine erheblich verletzt. Wunderbarerweise erlitt das Kind in dem Kinderwagen, der zertrümmert wurde, keinen Schaden.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Monteur Herr Paul Jahn wurde am 15. September für die Rettung einer Frau bei einem Brande im Hause Adlerstr. 48 öffentlich belobt. Bei diesem Rettungswerke war auch der Sottlermeister Herr Karl Segezius, Adlerstr. 136, in erheblichem Maße beteiligt. Für die thätigste Hilfeleistung wird letzterer ebenfalls öffentlich belobt.

Im Gewerkschaftshaus (großer Saal) ist Sonntagabend die erste Soiree des Ernst Faltschen Doppelquartetts. Das Konzert findet unter Mitwirkung des Geigenkünstlers Hans Brenkel statt; die Konzertmusik wird von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Bildhauerschnitzer angeführt.

Im Verein für volkshumliche Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am nächsten Montag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, der Privatdozent Dr. Fr. Kopsch, Assistent des Herrn Geheimrat Waldpfer, im Hörsaal der Anatomie, Philistr. 12, seinen sechs wöchentlichen Vortragskursus über „Bau und Leistung des Verdauungsapparats“ und wird zunächst eine allgemeine Uebersicht über die einzelnen Teile des Verdauungsapparats geben. Eintrittskarten zum Preise von 1 Mk. für den Kursus sind zu haben bei: Georg Belling, W. Leipzigerstr. 136; A. Schütz, O. Holtenauerstr. 60; Tischendörfer, C. Sophienstr. 20; Trautwein, die Buchhandlung, W. Leipzigerstr. 13; Centralstelle für Arbeiter-Bohlfahrts-einrichtungen, W. Köpenickerstr. 23.

Feuerbericht. Freitagabend wurde „Mittelfeuer“ vom Belle-Alliance-Theater aus gemeldet. Es handelte sich jedoch lediglich um einen kleinen Brand, der in einer benachbarten Konditorei entstanden war und mit Leichtigkeit abgelöscht werden konnte. Vorher war auf dem Lehrter Güterbahnhof ein mit Kohlen beladener Wagon durch Selbstentzündung in Brand geraten. Donnerstagsabend wurde die Wehr nach Ritterstr. 81 gerufen, wo in der Schriftgeheerei von Arndt Kisten und Regale Feuer gefangen hatten. Gegen Mitternacht wurde in der Rosenhallerstraße ein Mann von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren und schwer verletzt. Er war jedoch bereits unter dem Wagen hervorgezogen, als die alarmierte Feuerwehr eintraf. Zur selben Zeit mußte Bergstr. 21 ein kleiner Wohnungsbrand beseitigt werden. Auch Ritterstr. 18 und Hiltnerstraße 1 wurden kleine Wohnungsbrände gemeldet. Längere Zeit hatte die Wehr zu thun, um einen Brand zu beseitigen, der Köpfliger Ufer 3 Möbel einschickte.

Aus den Nachbarorten.

Adlershof. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, findet in Schmausers Saal, Bismarckstr. 16, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Genosse Paul Girsch-Charlottenburg

Alle: Die Ursachen der Wohnungsnot und der Kohlenwucher sprechen sich. Ebenfalls findet am Sonntagmorgen 8 Uhr von Schmausers Lokal eine Flugblattverbreitung statt und werden die Genossen ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Spandau. Inseer Genossen machen wir an dieser Stelle nochmals auf die morgen (Sonntag) nachmittags 3 1/2 Uhr bei Wehe, Wicheldorferstr. 39, stattfindende öffentliche Volksversammlung aufmerksam; Genossin Clara Reffin-Stuttgart referiert über das Thema: Die Chinawirren und die Interessen des Proletariats.

Johannisthal. Gegen die Wahl der am 23. d. M. gewählten fünf Wahlmänner zu den demnächst stattfindenden Ersatzwahlen zum Kreisrat für den Kreis Teltow ist von den Vertretern Mann (Soz.) und Rehbein Protest erhoben worden, da der Gemeindevorsteher als Wahlvorsteher in unzulässiger Weise während des Wahlaktes für die Erwählten agitiert habe. Als nämlich Mann das Protokoll unterschrieben hatte, wollte auch der Vertreter Rehbein dasselbe unterschreiben, wurde aber trotz wiederholten Protestes vom Vorsteher daran verhindert. In der nun folgenden Gemeinderats-Sitzung wurden zunächst einige geschäftliche Sachen erledigt. Hierauf erklärte der Gemeindevorsteher, die sozialdemokratische Partei habe ihm jetzt in einer öffentlichen Versammlung angenommene Resolutionen geschickt, von denen die eine gegen die Begeisterung des Gemeindevorstehers, von seinem Gehalt den festgelegten Betrag zu den Kosten für die schriftlichen Arbeiten beizusteuern, protestiert, während die andere die baldige Durchführung der Kanalisation im Ort verlangt. Der Gemeindevorsteher beantragte, diese Resolutionen dem Einsender wieder zurückzusenden. Das Gleiche beantragte der Vertreter Schmidt. Beider Herren erhielten indes von den Vertretern Mann und Rehbein die gebührende Antwort. Auch wurde dem Gemeindevorsteher bedeutet, daß in der Versammlung, welche diese Resolution annahm, alle Kreise der Bevölkerung vertreten waren und für dieselbe gestimmt haben, so daß die Meinung des Gemeindevorstehers, die Resolutionen stammten von der sozialdemokratischen Partei, wie er sich ausdrückte, hinfällig sei. Die Herren sahen denn auch schließlich ein, daß ihre Meinung falsch sei, und gaben klein bei. — Von dem Lokal-Schulinspektor, dem Prediger Schlicht in Rudow, ist endlich eine Antwort auf das bereits mehrmals erfolgte Gesuch um Abhaltung des Konfirmanden-Unterrichts in Johannisthal erfolgt, allerdings im ablehnenden Sinne. Dieser Vertreter der christlichen Nächstenliebe erklärt, so leid es ihm auch um die Kinder wäre, daß diese den weiten Weg machen müssen, er habe es nicht nötig, den Unterricht in Johannisthal zu erteilen; wenn die Gemeinde Johannisthal dies durchaus wolle, dann möge sie sich einen Geistlichen anstellen. Hierzu ist zu bemerken, daß die Gemeinde Johannisthal und Rudow eine Kirchengemeinde bilden. Die Angelegenheit wurde schließlich dem Schulvorstand behufs weiterer Regelung überwiesen.

Heber die geplante Aufhebung der Nachschichten in den Militär-Verkäufen wird aus Spandau berichtet: Wegen des steigenden Bedarfs an Gewehrmunition hat sich eine Vergrößerung der Produktion der kgl. Munitionsfabrik in Spandau, die ganz allein die Munition für die Handfeuerwaffen der gesamten deutschen Armee liefert, als notwendig herausgestellt. Wenn früher vorübergehend starker Bedarf war, wurden Nachschichten eingelegt. Mit Rücksicht auf die große Zahl der in dieser Fabrik beschäftigten Arbeiterinnen — etwa 4000 gegenüber 1000 Arbeitern — soll die Nacharbeit grundsätzlich nicht mehr zur Anwendung kommen. Deshalb wird, um die erforderlichen neuen Betriebsräume zu erlangen, in möglichst kurzer Zeit ein Erweiterungsbau zur Ausführung kommen.

Großes Aufsehen erregt in Spandau die Entdeckung von Vermittlungen, die in der städtischen Steuerkasse vorgenommen sind. Ein seit Jahren dort beschäftigter Beamter sollte am Sonnabend Rechnung ablegen. Zu diesem ihm festgesetzten letzten Termin erschien er nicht, sondern meldete sich krank; am Montag war er dann aus seiner Wohnung verschwunden. Gesterne stellte er sich jedoch wieder ein und die Untersuchung ergab ein großes Defizit, dessen Höhe indes noch nicht so genau festgestellt werden konnte, da der unredliche Beamte Bücher der Kassenverwaltung beiseite geschafft hatte. Er ist zunächst auf der Stelle aus seinem Amt entlassen worden. Der Mann, der einem hiesigen Blatt zufolge weit über seine Einkommensverhältnisse gelebt hat, ist Familienvater.

Die Nixdorfer Stadtverordneten-Versammlung hielt gestern eine Sitzung ab. Zunächst wurden die neugewählten Stadtverordneten Henning (3. Abteilung) und Wanzlich (1. Abteilung) eingeführt. Darauf schritt man zur Auslösung des Drittels, für das im November die regelmäßigen Ergänzungswahlen vorzunehmen sind. Ausgelost wurden aus der ersten Abteilung 5, aus der zweiten Abteilung 6 und aus der dritten Abteilung 5 Mitglieder. Die Auslösung erstreckte sich auch mit auf die noch nicht wieder vergebenen Mandate der dritten Abteilung, die durch das bekannte Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts erledigt wurden und deren es nach der Wahl des Genossen Hennig noch 6 gibt. Die betreffenden Stimmzettel trugen die Aufschrift: Ersatzmann für (folgt der Name). Von den 16 wirklichen und fiktiven Stadtverordneten der 3. Abteilung wurden ausgelost der Schankwirt Ränzer, der Cigarrenhändler C. Meyerau, der Schankwirt Köpfe, der Ersatzmann R. R. für den Schriftführer C. Wuzli und der Ersatzmann R. R. für den Kassierbeamten Conrad. — Die nun noch erforderlichen Ersatzwahlen werden zugleich mit den Ergänzungswahlen im November stattfinden.

Da die erste Vorwühlklasse der Realschule jetzt mit 67 Schülern besetzt ist, beantragt der Magistrat, die Klasse zu teilen und eine neue Lehrerstelle zu errichten. Stadtv. Meyerau (Soz.) erklärte sich namens seiner Fraktion damit einverstanden und führte aus, daß die Schnelligkeit, mit der der Magistrat bei der höheren Schule vorgegangen sei, auch mit Bezug auf die Mischstände in der Gemeindefschule erwünscht sei. In demselben Maße wie man erstere fördere, werde letztere vernachlässigt. — Bürgermeister Voigt entgegnete, daß man alles was möglich sei, im Interesse der Volksschule getan habe. — Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Die Frage der Vergütung von Arbeitern und Lieferungen an Stadtverordnete und Magistratsmitglieder führte zu einer längeren Debatte. Diese hatte jedoch, wie der Stadtverordnete Meyerau (Soz.) treffend sagte, den Charakter eines Begräbnisses. Wie nach dem neulichen Kommissionsbeschluss — siehe „Vorwärts“ vom 20. Oktober — vorauszusetzen war, wurde der Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung vom April 1899, Stadtverordnete und Magistratsmitglieder von Arbeitern und Lieferungen auszuschließen, unter sanften Neben zu Grabe geleitet. Selbst die beim Zustandekommen dieses Beschlusses beteiligten gewesenen Kommunalreformer streckten vollständig die Waffen. Ihrer Meinung nach hat der Beschluss bewirkt, daß im letzten Jahr Mißbilligkeiten nicht vorgekommen sind. Und das genügt ihnen, ihn jetzt ganz preisgegeben, nachdem sie in der vorigen Woche in der Kommission noch ihren alten Standpunkt eingenommen hatten. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Stadtv. Meyerau, trat noch einmal unter Bezugnahme auf frühe Erfahrungen in der verflochtenen Gemeindevertretung für die Aufrechterhaltung jenes Beschlusses ein und legte dar, daß es notwendig, vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde der Beschluss aufgehoben und jede andere Beschlussfassung zu der strittigen Frage abgelehnt.

Die neue Grundsteuer-Ordnung wurde debattelos angenommen.

Aus Nixdorf. Bei einem Einbruch in die Gesellenstube des Wäldermeisters Renner, Mainzerstr. 1 hieselbst, wurden zwei Durschen namens Vary und Loburg festgenommen, während ein dritter Ver-

teiltig entkam. Gestern gelang es, auch den letzten zu verhaften, und zwar in der Person des Wälders Karl Longmeier. Das Alceblatt tauchte speziell Gesellenstuben in Wäldern aus und hat augenscheinlich eine große Zahl derartiger Einbrüche auf dem Kerbholz.

Arbeiterfeindliches aus Groß-Lichterfelde. In Groß-Lichterfelde beginnt das in kommunalen Vereinen organisierte Haus-Agrarierum nebst seinem arbeiterfeindlichen Anhang sich mit der Bestimmung des neuen Kommunal-Wahlrechts zu beschäftigen und seinen Einfluss für eine Verschlechterung zu Ungunsten der arbeitenden Klasse in der unverkennlichen Weise geltend zu machen. So hat der Lichterfelder Verein — und die übrigen Ortsvereine gleichen Kalibers haben sich dem angeschlossen — eine Resolution angenommen, in welcher die Gemeindevertretung ersucht wird, von der im Gesetz enthaltenen Befugnis, die den Kommunen zum Zweck der Fernhaltung der Arbeiter aus den Gemeindepalast eingetraumt ist, Gebrauch zu machen.

Es wird sich ja zeigen, ob die Groß-Lichterfelder Gemeindevertretung diese ihr von den besitzenden Mitbürgern zugewandte schöne Rolle eines Mittels akzeptieren wird. Bei den Erfahrungen, die die Arbeiter bezüglich der Streiklausel gemacht haben, erscheint es durchaus wahrscheinlich, daß eine Zweidrittel-Majorität der Gemeindevertretung, die zu einem das Wahlrecht einschränkenden Ortsstatut gesetzlich erforderlich ist, zu Stande kommen wird.

Daß die letzten Zeiten für die Hausbesitzer auch deren Uebermut in nicht geringem Maße gesteigert haben, beweist der Beschluß des Grundbesitzervereins Lichterfelde-Ost, eine schwarze Liste der Mieter zu errichten und sie den übrigen gleichartigen Vereinen zur Verfügung zu stellen.

Offenlich erinnern sich die Mieter bei der nächsten Neuwahl der gesamten Gemeindevertretung dieser sauberen, jedem Mißbrauch Thür und Thor öffnenden Praktiken der Hauseigentümer und sorgen dafür, daß durch die Wahl sozialdemokratischer Vertreter der örtlichen Reaktion ein Dämpfer aufgesetzt wird.

Gerichts-Beilage.

Melnschloßprozeß Masloff zu Konig. Aus den Verhandlungen vom Donnerstag erwähnen wir noch: Die Angeklagte Frau Masloff sagt aus, daß sie beim Verhören von Aufwartediensten im Lehnshaus eine Cigarettenpackung gefunden habe, in der eine Photographie Ernst Winters enthalten war. — Präsl: Konnten Sie Ernst Winter? — Angekl.: Nein, aber ich habe die Photographie im Schaufenster von Herrn gesehen. — Präsl: War das die Photographie? — Angekl.: Jawohl. — Präsl: Hat darunter gestanden: „Ernst Winter, ermordet am 11. März 1900“. — Angekl.: Das ist möglich. — Präsl: Ich will bemerken, es wird behauptet werden, daß bis zum 11. März Ernst Winter nur in einem Gruppenbilde photographiert war, nach dem Tode wurden auf Grund dieses Gruppenbildes Einzelbilder gemacht, die in den Handel kamen und die verlesene Unterschrift enthielten.

Am Freitag begab sich der Gerichtshof nach dem Lehnshaus, um dort die Räumlichkeiten zu besichtigen. Die Strohen wurden durch Militär abgeperert. Masloff zeigte beim Lokaltermin, von welchen Stellen aus er seine Beobachtungen gemacht haben will. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen am Samstag Mittag gab der Wäldermeister Lange, bei dem Winter wohnte, Auskunft über das Verschwinden des Ermordeten und die Auffindung der Leichenteile. Der Ermordete, so behauptet der Zeuge weiter, verkehrte viel mit seinen Mitschülern und jungen Mädchen. Mit Speisinger und Moritz Lewy habe er ihn niemals zusammen gesehen.

Der Vater des Ermordeten, Baumunternehmer Winter, sagt folgendes aus: Er habe seinem Sohne Vorhaltungen darüber gemacht, was er mit Judenmädchen zu schaffen habe. Er könne doch nicht daran denken, jemals eine Jüdin zu heiraten. Sein Sohn habe ihm geantwortet, daß er die Damen in der Tanzstunde kennen gelernt habe. Er sagte: „Wenn sie fallen, muß ich sie doch aufheben.“ (Heiterkeit.)

Nachdem die jugendlichen Arbeiter Müller und Jadowski über die Umstände berichtet haben, unter denen Arm und Kopf des Winter von ihnen aufgefunden worden sind, sucht der Präslident festzustellen, wann der Ermordete zuletzt gesehen worden. Zeuge Oberlehrer Dr. Hofrichter behauptet darüber: Ich glaube, dem Ermordeten am 11. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Danzigerstraße begegnet zu sein. Er befand sich in der Gesellschaft von zwei andern Genußstücken. Sein Gesicht war so gerötet, daß ich annahm, Winter sei angetrunken. Er grüßte aber so formlos, daß ich auf andere Meinung wurde. Ich kam aber nicht mit Bestimmtheit sagen, ob das am 11. März war.

Wobann wird die inzwischen erschienene Zeugin Feulain Stähling vernommen. Dieselbe sagt auf Befragen des Präslidenten aus: Ich weiß nicht, wer den Arm nach dem Kirchhof getragen hat; meine Mutter erzählte aber, daß sie Israelki am Morgen des Tages, an welchem der Arm gefunden wurde, in der Nähe des evangelischen Kirchhofs mit einem Sack gesehen hätte. (Große Bewegung.) — Der Gerichtshof beschließt, sofort die Mutter der Zeugin (aden zu lassen. Der Sachverständige Sanitätsrat Dr. Müller (Konig) giebt hiernach folgendes Gutachten ab: Die Trennung der Leichenteile muß nach dem Befunde von fast unbegreiflicher Hand ausgeführt worden sein. Der Tod ist durch Verblutung eingetreten. Die Leichenteile waren geruchlos und frisch. Vor der Verblutung hat höchstwahrscheinlich ein starker Erstickungsversuch stattgefunden. Der Halsantritt ist anscheinend bei lebendem Zustande ausgeführt. — Nach Vernehmung weiterer Sachverständiger wurde die Verhandlung sodann am Sonnabendvormittag vertagt.

Wegen Verleumdung durch die Presse wurden gestern die Redakteure Karl Günther vom „Berliner Tageblatt“, Gottlieb Meyer von der „Berliner Abendpost“ und Heinrich Engel vom „Reichsboten“ sowie der Korrespondent Verth, Sparr vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Es handelte sich um eine von dem letztgenannten ausgehende, in die genannten Zeitungen übergegangene Notiz, wonach in der Kammereilecke zu Gärten in Anhalt ein Defizit von 25 790 Mark entdeckt und während der Dauer der Untersuchung der Bürgermeister Olke und der Stadtrat Stephens vom Amte suspendiert worden seien. Die betreffenden Zeitungen brachten später eine Verichtigung, wonach nur ein Rechenfehler vorliege, der bisher weder von der Rechnungs-Kommission noch von der Regierung aufgedeckt werden konnte. Eine Amnestie hatte nicht stattgefunden. Die Angeklagten bestritten sämtlich jede beleidigende Absicht. — Auf Antrag des Rechtsanwalts Roffe, der den ersten Angeklagten vertritt, beschloß der Gerichtshof, über die einschlägigen Verhältnisse den Geh. Reg.-Rat Duxer zu Dessau, den Regierungsassessor Leismüller und die Stadtv. Wilhelm Kothe und Voas in Gärten kommissarisch zu vernehmen.

Bundesbrüderliche Moral. Wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen bezog wegen Karteträger hatten sich gestern der Referendar a. D. Paul Rühle und der Assessor Karl Müller vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung. Der erste Angeklagte soll unlautere Beziehungen zu der Hefrau eines Bundesbrüders unterhalten haben. Der hintergangene Ehemann hat die Scheidungsfrage angestrengt mit dem Erfolge, daß die Ehe getrennt und seine bisherige Frau als der allein schuldige Teil erklärt wurde. In dem Scheidungsantrag war eine Keuerherg wiedergegeben, wonach der Erste Staatsanwalt Wähler zu Eisenach, ebenfalls ein Bundesbrüder der Antragstellers sowie des Angeklagten Rühle, sich über das Verhalten des letzteren in höchst abfälliger Weise ausgesprochen hätte. Dadurch kam die Keuerherg in die Ästen und zur Kenntnis des Angeklagten Rühle, der durch den Mitangeklagten Müller den Ersten Staatsanwalt Wähler

zu einem Widerruf auffordern und ihm im Weigerungsfalle eine Forderung auf Pistolen, zwanzig Schritt Distanz und bei dreimaligem Angelwechsell, zu gehen ließ. Der Angeklagte Rühle behauptete, daß der Erste Staatsanwalt ihn einseitig und zu Unrecht gekennzeichnet habe und daß keine unbedingte Forderung, sondern nur eine vorbereitende Handlung vorliege. Der Gerichtshof konnte sich dieser Auffassung nicht anschließen, sondern verurteilte den Angeklagten Rühle zu drei Wochen, den Angeklagten Müller zu drei Tagen Festung.

Bier-Prozesse gegen den Reichstags-Abgeordneten Redakteur Adolf Thiele in Halle a. S. beschäftigten gestern das Reichsgericht. Durch Urteil vom 3. Juli hat das Landgericht Halle unseren Parteigenossen wegen Verleumdung von Mitgliedern des Kriegervereins Wilhelm in Berlin und der preussischen Offiziere und Unteroffiziere durch den Ausbruch „Kriegervereine“ zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. In dem zweiten Urteile, vom 30. Juni, hat der Angeklagte wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften (es handelte sich um den Abdruck von Briefen, die auf das Vorlesungsstück eines Mädchens angefallen waren und teilweise entlich und unzüchtig waren) 50 M. Geldstrafe erhalten. Eine schwere empfindliche Strafe, nämlich 600 M., hat ihm das Gericht in dem dritten Falle (Urteil vom 23. August) auferlegt. Hier handelte es sich um Verleumdung des Pastors P. in Herberg, dem eigenmächtiges Handeln vorgeworfen worden war. In dem vierten Urteile, am gleichen Tage gefällt und auf 300 M. Geldstrafe lautend, handelte es sich um Verleumdung des Oberlandesgerichts Rumburg aus Anlaß seiner Einschreibungen über die Veranstaltung von „Kollekten“ für Streikende. Der Angeklagte beschwerte sich in der Hauptsache darüber, daß in den Fällen 3 und 4 nicht Verjährung angenommen worden sei. Er beklämpfte dabei die Entscheidung des Reichsgerichts vom 15. Februar 1895 betr. § 69 des Strafgesetzbuchs (Sex Minteln). Das Reichsgericht verwarf sämtliche Revisionen des Angeklagten, obwohl in dem ersten der Reichsanwalt die Aufhebung des Urteils beantragt hatte. Auf die Revision des Staatsanwalts wurde dagegen in dem zweiten Falle das Urteil dahin abgeändert, daß auf Einziehung der betr. Zeitungsnummer zu erkennen sei.

Bäcker Meißner im großen Aufzug. Im Juni d. J. erschienen im „Vollblatt für Halle a. S.“ auf Antragen, wie: M. A. Frau Viktualienhändlerin Meißner liest unser Blatt nicht, einige Notizen. Einem Metallarbeiter wurde ebenfalls nur im Briefkasten mitgeteilt, daß der Sommer Post aus dem Verbandsausgetreten sei, zc. Der konservative Verein war in diesem Falle so empfindlich, in den Notizen großen Aufzug zu erheben und den verantwortlichen Redakteur des „Vollblatts“, Genossen Swienty bei der Staatsanwaltschaft zu denunzieren. Die Anklagebehörde nahm sich der Sache auch an und brachte den Genossen Swienty vor das Schöffengericht. Der Kanzlist Feigel, der als Mitglied des konservativen Vereins die Anzeige erstattet hatte, verteidigte sich als Junge zu der Keuerherg, seine 3 Söhne wären so gut erzogen, daß sie lieber verhungern, als das „Vollblatt“ lesen würden. Er, den die ganze Sache nichts anging, hatte sich benutzend gefälligst, während die in den Notizen genannten Personen teils in Abrede stellten, geschädigt zu sein und einer sogar behauptete, durch die Volksblattnotiz Vorteil gehabt zu haben. Genosse Swienty wurde antragsgemäß zu 6 Tagen Haft verurteilt.

Sociales.

Arbeitslöhne und Arbeitsleistung im preussischen Bergbau im Jahre 1899. Nach amtlichen Erhebungen sub im Jahre 1899 im preussischen Bergbau beschäftigt gewesen:

In unterirdischen Betrieb beschäftigte	
Bergarbeiter	222 758, mehr geg. d. Vorj. 11 189
Unterirdisch beschäftigte Arbeiter	80 844, „ „ „ 5 121
Ueber Tag beschäftigte Arbeiter,	
ausgeschlossen jugendliche u. weibl.	88 084, „ „ „ 4 177
Jugendl. männl. Arb. unter 16 Jahren	12 723, „ „ „ 1 440
Weibliche Arbeiter	5 487, „ „ „ 187

Zusammen 409 855, mehr geg. d. Vorj. 22 004

Die Löhne dieser Arbeiter (ausgeschlossen sind die Beamten, Aufseher, Oberhauer und Fahrhauer) betragen 437 928 857 M.; 46 745 272 M. mehr als im Vorjahre, 85 364 546 M. mehr als im Jahre 1897, 127 835 541 M. mehr als im Jahre 1896 und 158 843 526 M. mehr als im Jahre 1895 an Löhnen gezahlt wurde. Der Durchschnittslohn pro Arbeiter betrug im Jahre 1899 1070 M., 1898 1010 M., 1897 964 M., 1896 900 M. und 1895 848 M.

Bezeichnend für die Zustände in Schlesien ist es, daß von den 5476 Arbeiterinnen im Steinsohlenbergbau im Oberschlesien allein 3815 beschäftigt werden.

Die niedrigsten Löhne weisen wieder die im Erzbergbau in Siegen, Rastau und im Oberhartz beschäftigten Bergarbeiter auf. Im Mansfelder Kupferbergbau kam für Bergarbeiter auf die Schicht durchschnittlich 3,41 M., in Oberschlesien 4,04 M., in Niederschlesien 3,42 M. im Braunkohlengebiet des Bezirkes Halle 3,92 M., im Dortmunds Bezirk 4,84 M., im Kachener Bezirk 3,98 M. und in Saarbrücken 3,99 M. Der Jahresverdienst der weiblichen Arbeiter schwankte zwischen 279 M. bei 275 Arbeitsschichten im ober-schlesischen Bergbau und 468 M. bei 298 Arbeitsschichten im Braunkohlenwerk des Bezirkes Halle.

Die Schichtdauer einschließlich der Ein- und Ausfahrt und der Ruhepausen überstieg für die Mehrzahl der unterirdischen Belegschaft beim Steinsohlenbergbau 10 Stunden nicht. Nur in Oberschlesien hatte noch ein großer Teil zwölfstündige Schichten. Beim Braunkohlenbergbau betrug die Schicht unter Tage durchschnittlich 11,5 Stunden. Beim Erzbergbau schwankte die Schichtdauer unter Tage zwischen 8,1 und 11,1 Stunden.

Ueber die Jahresleistung im Steinsohlenbergbau pro Mann der Belegschaft ergibt die Statistik folgendes:

Jahr	Oberschlesien			Niederschlesien			Dortmund			Saarbrücken		
	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	
1896	359	221	236	236	236	236	236	236	236	236	236	
1897	360	220	233	233	233	233	233	233	233	233	233	
1898	353	224	274	274	274	274	274	274	274	274	274	
1899	379	219	274	274	274	274	274	274	274	274	274	

Die größte Abnahme der Förderung zeigt sich im Dortmunder Bezirk. Als Erklärung dafür mag zunächst, was für die übrigen Bezirke auch zutrifft, auf die große Zahl ungeübter Arbeiter, die in den letzten Jahren zum Bergbau herangezogen wurden, hingewiesen werden. Diese Leute können gar nicht voll ersezen. Es wäre höchst leichtfertig, die Minderleistungsfähigkeit einfach auf die Faulheit der Arbeiter zu setzen, wie es die Unternehmer mit Vorliebe thun. Weiter kommt hinzu, daß mit dem Liefergehen der Schächte gerade im Dortmunder Bezirk die Leistungsfähigkeit der Arbeiter Einbuße erleiden muß, weil ein Teil der Arbeiter der Kohlenförderung entzogen wird, um Arbeiten zu verrichten, die den Betriebseinrichtungen und der Betriebssicherheit dienen. In den übrigen Bezirken sind die Schwankungen sehr gering und gegen 1898. Oberschlesien sogar eine Erhöhung der Förderung auf. Die schwankenden Zahlen lassen auch darauf schließen, daß durch große Betriebsstörungen, die eine volle Entfaltung der Arbeitskräfte hemmen — wir rechnen dazu auch den Wogenmangel, der im vorigen Jahr auf den Eisenbahnen eintrat — Minderleistungen erklärlich werden. Schädliches Geschehen beim Abbau, Eindringen von Wasser und ähnliche Beschwerden des Bergbaus müssen die Fördermenge zurückgehen. Das weiß jeder praktische, ob jetzige Beamte, nur die Interessentenkreise der Unternehmer versuchen mit Vorliebe, den Arbeitern die Schuld anzuhängen.

Der Bund der Arbeiter-Verbands Berlin zählt zur Zeit 15 korporative Mitglieder mit 1939 Arbeitgebern. Der Anschlag von drei weiteren Arbeitgeber-Verbands steht bevor. Dem Bunde

Haben sich bisher angegeschlossen: die Vereinigungen der Berliner Metallwarenfabrikanten, der Pianofortefabrikanten, der Metallschraubensabrikanten, der Schuhfabrikanten, der Klempnermeister, der Glasbleichfabrikanten, der Glaser-, Töpfer- und Bildhauermeister und der Hiesengeschäfte.

Bureaukratismus. Am 1. August 1899 hatte die Spulerei G. in Langenbielau bei der unteren Verwaltungsbehörde den Antrag auf Gewährung von Altersrente gestellt. Die Antwort traf am 18. Oktober d. J. von der Landes-Verwaltungsanstalt Schießen ein. Die Erledigung des Antrags hat also mehr als 14 1/2 Monate in Anspruch genommen. Alters- und Invalidenrenten-Antragsteller dürfen sich also die Zeit nicht lang werden lassen.

Den Niedergang der Konjunktur im Baugewerbe behandelt der Vorstand des Verbands der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten in seinen neuesten „Mitteilungen“ und kommt dabei zu folgenden Schlussfolgerungen: „Wenn selbst Arbeiterorgane, die zielbewusst im sozialdemokratischen Fahrwasser segeln, die sehr gedrückte Lage rückhaltlos anerkennen, wenn ferner, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, schon vor einiger Zeit allein von der Renommiergarde der Arbeiterführer fast 1700 lokale und 5000 centralorganisierte Maurer feiern mußten und nicht zum Streikfonds beitragen konnten, so sollte diese Thatsache in ihrer scharfen Kadizität den Arbeiterorganisationen allen Anlaß bieten, die noch in einer Drosselstelle befindlichen Arbeiter zu einer besonnenen und ruhigen Fortsetzung der Arbeit zu den jetzigen Bedingungen zu bewegen und eine angebotene Verlängerung der vertraglichen Bestimmungen mit großer Freude zu acceptieren, nicht aber es auf eine erneute Kraftprobe antommen zu lassen, bei der sie dann doch die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben dürften und durch die sie sich obendrein noch die Sympathien der Socialphantasten bürgerlicher Junks vercherzen könnten. Inwiefern also das Sinken der Konjunktur auf die Gestaltung des Berliner Arbeitsverhältnisses im Baugewerbe Einfluß haben wird, wird hauptsächlich von dem Verhalten der Arbeiter selbst bzw. ihrer Führer bei einer etwaigen Verlängerung des Vertrags abhängen. Jedenfalls wird von einer weiteren Lohn-erhöhung unter den jetzigen Umständen keine Rede sein können und selbst ein Festhalten an dem bisherigen Lohnsatz als äußerstes Opfer der Arbeitgeber nur dann durchführbar sein, wenn die Arbeiter den Stundenlohn als Normallohn, wie i. B. vom Gewerbegericht ausgeprochen wurde, anerkennen oder aber sich verpflichten, keinesfalls in dem Vertragsbezirk unter oder über diesem Satz zu arbeiten und somit, was bisher vielfach noch nicht der Fall war, die Arbeitsbedingungen auch für organisierte und nichtorganisierte Arbeitgeber in jeder Beziehung selbst bei einem Geschäftsrückgang gleich sein werden.“

Bei letzterer Bedingung ist es ja allerdings zunächst mehr wie zweifelhaft, ob die Arbeiter ohne solche in ihrem eignen Interesse liegende Verpflichtung werden durchführen können und ob die Gesamtvertretung der Arbeitgeber zu einem derartigen Opfer wird bereit sein.“

In der nächsten Zeit soll eine außerordentliche Generalversammlung einberufen werden zur Beratung über den Stand der Streikauflösung und zur Stellungnahme zu den Arbeitervorschlägen auf Verlängerung des Vergleichsvertrags.

Was die Unternehmer beschäftigen bei der Verlängerung des Vertrags, ist aus Obigen nicht zu entnehmen, es wäre weit besser, sie ärgerten kurz und bündig ihre Absichten. Sowie uns bekannt ist, haben die Arbeiter Forderungen auf Erhöhung des Lohns nicht gestellt.

Bauarbeiter-Schutz. Auf die Eingabe der Bauarbeiter an den Magistrat in Rärpberg um Erlass einer Bauverordnung zum Schutze der Arbeiter ist vom Magistrat die Antwort ergangen, daß die bairische Regierung beabsichtigt, auf Grund des Artikels 101 des Politischen-Verfassungsgesetzes an Stelle der vielfachen Einzelvorschriften ein allgemein verbindliches oberpolizeiliches Vorrecht betreffend Sicherheitsvorrichtungen zur Verhütung von Unfällen bei Bauarbeiten und Verletzung von Mitgliedern und Gesundheitsbeschädigungen im Baugewerbe zu erlassen. Ein bezüglicher Entwurf hierzu ist seitens der obersten Baubehörde ausgearbeitet worden. In demselben sind u. a. Bestimmungen über Unterkunftsräume, Arbeiteraborte, Abhaltung von Jugluft, Contagion und über den Gerüstbau vorgelesen.

Eine Alters- und Rentenversorgung sächsischer Arbeiter wird vom Magistrat in Magdeburg geplant. In dem Entwurf eines Ortsstatuts, der zunächst der Stadtverordneten-Versammlung unterbreitet ist, wird in Vorschlag gebracht, 1. den sächsischen Arbeitern: a) bei infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen eingetretener, nicht vorläufiger oder durch grobes Verschulden herbeigeführter Unfähigkeit zur Arbeitsleistung im sächsischen Dienst eine Rente und b) für den Fall ihres Todes ihren Hinterbliebenen Witwen- und Waisengeld zu gewähren, ohne daß jedoch hierdurch irgend ein Rechtsanspruch begründet werden soll.

2. Voraussetzung des Rentenbezugs zu 1a ist eine mindestens 15jährige ununterbrochene Dienstzeit im sächsischen Dienst nach vollendetem 20. Lebensjahre.

Unterbrechungen durch Krankheit, militärische Leistungen und sächsischerseits erfolgte Arbeitseinstellungen, welche 3 Monate nicht übersteigen, kommen in der Regel nicht in Betracht.

Für den Bezug von Witwen- und Waisengeld (1b) ist die 15jährige Dienstzeit des verstorbenen Ehepartners oder Vaters nicht unbedingt Voraussetzung.

3. Die Rente (1a) beträgt nach 15jähriger Dienstzeit (Nr. 2 Satz 1) 30 Prozent des Durchschnitts des in den letzten fünf Haushaltsjahren bezogenen Dienstverdienstes und steigt mit jährlich 1 1/2 Prozent bis zum Höchstbetrage von 66 2/3 Prozent; ihr Mindestbetrage ist jedoch 240 M.

4. Das Witwengeld beträgt 1/3 des Dienstverdienstes des Mannes (siehe Nr. 3), nach welchem dessen Rente zu berechnen sein würde, jedoch mindestens 160 M. Bis zum vollendeten 15. Lebensjahre wird ein Waisengeld für Halbweise in Höhe von 1/3, für Vollweise in Höhe von 1/2 des Witwengelds gewährt.

Die Kosten sollen von der Stadt allein getragen werden. Sie werden auf rund 30 000 bis 40 000 Mark pro Jahr berechnet. Die Leistungen sollen nach dem Magistratsantrage am 1. April in Kraft treten und zur Deckung der Kosten für den Haushaltsplan 1901 3000 Mark bewilligt werden.

Veranstaltungen.

Die Vergolder hielten am Donnerstag eine gutbesuchte Versammlung ab, um über die Rahmregelung und Arbeitsminderlegung bei der Firma Rutenberg in Neu-Weihensee zu beraten. Unter dem Titel: „Was soll mein Sohn werden?“ ist in der „Weihenseer Zeitung“ kürzlich eine Notiz erschienen, in der das Vergolderhandwerk als sehr einträglich hingestellt wird — es würden 30—40 M. pro Woche verdient — und zugleich wurde erwähnt, daß in der renommierten Fabrik von Rutenberg eine Anzahl Lehrlinge eingestellt werden könnten. Später wurde dann noch eine Lohnliste veröffentlicht, die aber nur die Accordlöhne von 23 besser bezahlten Arbeitern enthielt und sich nur auf vier Wochen erstreckte. In den Verhörungen, die von dem Hauptvorstande des Verbands der Vergolder veröffentlicht wurden, wird nachgewiesen, daß gerade bei dieser Firma der Verdienst ein bedeutend geringerer ist und die Vergolderzahlerei in Wüste steht (25 Lehrlinge bei 82 Gehilfen). Es existieren dort zwei Werkstätten, von denen sich eine im Keller befindet. Hier „unten“ werden schlechtere Preise gezahlt als „oben“. Man verlangte nun, daß für die gleiche Arbeit auch die gleichen Preise gezahlt werden sollten, wurde aber rundweg abgewiesen, und drei Vergolder wurden entlassen. Die übrigen Vergolder, Arbeiter und Arbeiterinnen, erklärten sich solidarisch und beschloßen, die Arbeit niederzulegen. Man wurde vorläufig bei dem

Chef, der wollte jedoch nicht nachgeben. Nach den Aussagen der beiden in der Versammlung anwesenden Werkmeister der Firma ist Herr Rutenberg wohl geneigt, auf das Verlangen nach der gleichen Bezahlung für die gleiche Arbeit einzugehen und will im Keller nur noch Mädchen oder Befehlshilfe beschäftigen; die Einstellung der drei Weibchen aber lehnt er entschieden ab. Nach längerer Diskussion erklärte die Versammlung in einer Resolution, daß die Lohnfrage als erledigt zu betrachten sei. Doch wird gefordert, daß die drei Weibchen wieder eingestellt werden und ebenso die Arbeiterinnen zu den alten Bedingungen auf ihre alte Arbeit. Werden diese Forderungen nicht binnen 24 Stunden bewilligt, so ist die Firma als gesperrt zu betrachten.

Der Verband der Möbelpolierer hielt am 22. Oktober im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung ab. Nach dem Gedruckt vorliegenden Kassenbericht war der Bestand vom Juni 1899 4681,00 M., die Einnahme vom 1. Juli bis 30. September betrug 6489,80 M., die Ausgabe 6294,10 M., mithin Bestand am 1. Oktober 4876,70 M. Zur Aufnahme in den Verband hatten sich im letzten Quartal 183 Kollegen gemeldet. Im Arbeitsnachweis waren Adressen abgegeben 261, arbeitslose Kollegen waren eingeschrieben 226, besetzt konnten 710 Stellen werden, während 231 nicht erledigt werden konnten. Da der Antrag auf Aufhebung des Kartellvertrags mit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband in der Generalversammlung vom Juli nicht erledigt werden konnte, so wurde nach einem einleitenden Referat Reuters die Diskussion fortgesetzt. Reuters sprach über den Nutzen der Kartelle und empfahl zum Schluß den nach nochmaliger Beratung der Vorstände wesentlich abgeänderten Kartellvertrag mit dem Holzarbeiterverband. Nach eingehender Debatte wurde der Vertrag in der neuen Fassung gegen eine kleine Minorität angenommen. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl eines Vorsitzenden wurde der sechsjährige Vorsitzende, Kollege Heinrich Schulz I. gewählt. — Da Schulz bisher das Amt eines Revisors bekleidet hatte, so wurde an seiner Stelle Meißner zum Revisor ernannt. Als Vertreter des Verbands bei den Sitzungen des Holzarbeiterverbandes wird der Kollege F. P. H. gewählt.

Die an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlin und Umgegend hielten am 18. Oktober eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt des Tagesordnungs, Fortsetzung der Wahlen der letzten Generalversammlung, wurde der Kollege Diehl als zweiter Schriftführer gewählt, in die Arbeitsnachweis-Kommission für Weichensee-Wildau, für den Norden Lübn und Gold, für den Südosten Kusch und Gade, für den Südwesten Engler, für Moabit Sommerfeld, in die Arbeitsnachweis-Kommission Böber, Zimmermann und Klein, und in den Reichsdruck Wegner. — Auf Antrag des Vorstands wurden demselben 100 M. zur Vergrößerung der Bibliothek bewilligt, ebenso wurde ein Antrag, Disziplinardienste einzuführen, angenommen. Dem Vorstand zur Beratung überwiegen wurden die Anträge: 1. in Hildorf eine Poststelle zu errichten, 2. Bezirksversammlungen abzuhalten. Angenommen wurde ein Antrag Pankow: die Versammlung Punkt 3 1/2 Uhr abzuhalten.

Der Verband der Stroh- und Schirmarbeiter hielt am Mittwoch seine diesjährige Generalversammlung ab. Kollege Popig gab den Bericht des Vorstands. Darauf gab der Kassierer den Kassenbericht des vergangenen Jahres. Bestand am 1. Oktober 1899 108,09 M., Einnahme bis 30. September 1900 2499,84 M., Ausgabe 2271,06 M., mithin Kassenbestand am 30. September 331,27 M. Dann fanden die Rechnungen des Gesamtvorstands statt. Sie ergaben folgendes Resultat: Liebe erster Vorsitzender, Popig zweiter Vorsitzender, Müller Kassierer, Liebenow Schriftführer, W. R. Horn und Rau Revisoren, Diche, Giffler und Winter Revisoren. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Entschädigung für Vorstandssitzungen von 30 auf 50 Pf. zu erhöhen. Kollege Rude brachte den Antrag ein, daß die Sperrre über die Firma König u. Kufrecht aufgehoben würde. Die Versammlung stimmt dem zu.

Die Posamentiere hielten am 18. Oktober eine Versammlung ab. Zuerst verlas der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal. Die Gesamteinnahme betrug 322,39 M., die Gesamtausgabe 286,16 M., bleibt ein Bestand von 36,23 M. Sodann verlas der Kollege Behms die Abrechnung der Zusatzeinnahme bei Krankheitsfällen vom dritten Quartal. Die Einnahme derselben betrug inf. Bestand 563,14 M., die Ausgabe 95,50 M., bleibt ein Bestand von 467,64 M. Unter Verschiedenem wurde von der Arbeitsnachweis-Kommission Bericht gegeben, daß sich viele Kollegen als arbeitslos eintragen lassen und doch Lirträge halten. In Zukunft sollen die Namen der Kollegen veröffentlicht werden.

Die Klempner tagten in einer mäßig besuchten Versammlung am Dienstag, den 23. d. M., im Gewerkschaftshaus, Karl Liebknecht hielt einen Vortrag: „Für Naturgeschichte des Streikbrechers.“ Reicher Beifall wurde dem Referenten nach seinem interessanten Vortrag gezollt. In der Diskussion sprachen sämtliche Kollegen im Sinne des Referenten. Es wurden dann die Fragebogen ausgegeben mit dem Bemerkten, dieselben seien gewissenhaft auszufüllen und baldigst an Weigel, Eisenacherstr. 8, einzusenden. Von demjenigen Werkstellen, wo niemand anwesend war, können Fragebogen im Verbandsbureau in Empfang genommen werden.

Eine gut besuchte Versammlung der Putzer Berlin und der Vororte tagte am 25. Oktober, abends 8 Uhr, in „Cohns Festhale“, Weichsee, 20. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Diehl über die Wohnungsnot. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Zum zweiten Punkt wurde beschlossen, die Streikfondsbeiträge vom 29. Oktober bis auf weiteres auf 25 Pf. herabzusetzen, wer weniger als drei Tage arbeitet, ist von dem Streikfondsbeitrag entbunden. Nachdem noch der Vorsitzende Franz Schulz über die Arbeitslosigkeit in diesem Sommer sowie über die gemeldeten Wauten berichtet hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Groß-Dichtersfeld. Die hiesigen Schuhmachergehilfen hielten am Montag eine öffentliche Versammlung ab, um über die Verbesserung ihrer traurigen materiellen Lage zu beraten bzw. über den Anschluß an die Organisation der Schuhmacher zu beschließen. Kollege Weber aus Berlin sprach über: „Die Bedeutung der Tarifgemeinschaft.“ Nach eingehender Schilderung der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Schuhmachergewerbe, ging Weber auf das eigentliche Thema über, und sprach sich unter spezieller Beleuchtung der Tarifgemeinschaft bei den Quädrändern nur bedingungsweise für den Anschluß solcher Vereinigungen aus. Insbesondere vernichtete Referent solche auf längere Zeit mit den Unternehmern abgeschlossenen Verträge, indem danach die Aktionsfreiheit der Arbeiter gekemmt und die Interessen derselben geschädigt würden. In seinem Schlußwort forderte Weber die anwesenden Berufskollegen auf, energisch für eine Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten und zu diesem Zweck der Organisation der Schuhmacher sich anzuschließen.

Zu einer Diskussion kam es nicht, da der überwiegende Beamtis sich erhob und die Versammlung auflöste.

Auf die Frage des Vorsitzenden nach dem Grund der Auflösung, wurde ihm die Antwort zu teil, daß zu einer solchen Auflösung keine Verpflichtung bestehe. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Auflösung wegen eingetretener Vollzeitarbeit, die für den Gastwirt Pagel auf 10 Uhr herabgesetzt ist, erfolgte.

Nieder-Schöneweide. Am Dienstag, den 16. Oktober, fand eine gutbesuchte öffentliche Werkstatt-Versammlung aller im Rabelwerk „Oberpyree“ beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Lokale „Wilhelmshof“ statt. Referent war Genosse Wiesenthal. Derselbe konnte feststellen, daß die vorige Versammlung schon einige Verbesserungen bewirkt habe. So ist z. B. das Verlangen des Meisters Liejahn gegen die Arbeiter ein besseres geworden. Doch aber noch vieles zu verbessern ist, lehren folgende Vorfälle: Für die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche den ersten Zug verfehlen und dann erst 7,55 Uhr in Johannisthal eintrifft, ist es eine Unmöglichkeit, um 8 Uhr bei dem Portier des Werks zu sein. Die Vorgesetzten, eine Wanne und sechs Frauen, welche augenblicklich

für die 3000 dort Beschäftigte vorhanden ist, darf erst nach 5 Uhr benutzt werden. Ebenso ist es mit den Waschklosetts. Wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen dieselben benutzen, so würde es 1/4 Stunden dauern, bis die letzten sich reinigen können. Außerdem sind dieselben für beide Geschlechter gemeinam. Hier eingreifen ist Sache des Fabrikinspektors. Für vorzeitiges Waschen sind 50 Pf. Strafe zu zahlen. Die Mädchen im Kullanisterraum haben jetzt nur 10 Minuten Freistills- und Wesperrause gegen eine halbe Stunde, die es früher gab. Leider lesen die meisten der dort Beschäftigten nicht die Presse, die allein ihre Interessen wirksam vertritt, sondern sind Abonnenten jener Schundpresse, die dann obendrein die Arbeiter durch ihre Artikel verhöhnen läßt. Die Lohnberechnung seitens der Meister ist eine durchaus willkürliche. Die Direktion hatte die Meister beauftragt, sich die Namen der Disziplinordner zu notieren. Auch sollte ein Schreiber die Ausführungen des Referenten stenographieren und dieselben widerlegen. In der Diskussion verlegte ein Herr Alfred Dreilitz die Direktion in Scham zu nehmen. Als derselbe von Wiesenthal mit seinen Bemerkungen abgewiesen wurde, war der Beifall so stark, daß der überwachende Beamte ersuchte, im Wiederholungsfall die Versammlung aufzulösen. Im Schlußwort forderte der Referent zum Eintritt in die Organisation auf und wurde dann die Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband geschlossen.

(Ein Herr Gregor Scheller in Wilhelmshof bittet um mitzuteilen, daß er mit dem Meister Scheller des Rabelwerks „Oberpyree“ nicht identisch sei. Red.)

Weißensee. Am 18. Oktober tagte im „Bräulan“ eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung. In derselben gab der Vertrauensmann der Gewerkschaften den Jahresbericht, welcher mit einer Einnahme von 203,72 M. und einer Ausgabe von 191,82 M. abschloß. Der Kassenbestand betrug 101,30 M. Zum Vertrauensmann wurde Emil Schumann, Lehderstr. 113, zu Revisoren wurden Hermann Klop und Gerhard gewählt.

Hierauf erhielt Rein das Wort zu einem Vortrag über freie und christliche Gewerkschaftsbewegung, welcher eine lebhafteste Debatte zeitigte, in der auch Vertreter christlicher Gewerkschaften das Wort nahmen. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die recht gut besuchte Versammlung geschlossen.

Reinickendorf. Der hiesige Wahlverein hielt Sonnabend, den 20. d. M., im Lokal von Wedelmann in Schönholz seine Generalversammlung ab. Herr Dr. Wolke hielt einen Vortrag über: „Luft und Leben.“ Der Vortrag fand großen Beifall. Eine Diskussion knüpfte sich an denselben nicht. Hiernach gab der Vorsitzende den Bericht des Vorstands. Aus demselben geht hervor, daß im 3. Quartal 3 Versammlungen und 3 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Die Mitgliederzahl betrug 115. Daraus verließ 4 Mitglieder den Kassenbericht. Die Einnahme betrug mit Bestand vom zweiten Quartal 104,60 M., die Ausgabe 44 M., bleibt ein Bestand von 60,60 M. Nachdem noch verschiedene Vereinsangelegenheiten erledigt waren, erfolgte mit einem Hoch auf den Verein Schluß der gut besuchten Versammlung.

Waldmannslust. Am Sonntag, den 21. d. M., hielt der sozialdemokratische Wahlverein für Waldmannslust und Umgegend seine Generalversammlung ab. Der Bericht des Vorstands ergab, daß seit der Gründung des Wahlvereins am 15. Oktober 1899 die Mitgliederzahl von 30 auf 110 gestiegen ist. Der Kassenbestand betrug 59,31 M. Die Renwahl des Vorstands ergab folgendes Resultat: Adam 1. Vorsitzender, Schönfeld 2. Vorsitzender, Müller, Kassierer, Biering Schriftführer. Für die umliegenden Ortsteile Zegel, Herndorf und Worfswalde wurde je ein Hilfskassierer gewählt. Als Vertrauensmann wurde Blumel gewählt. Zum 2. Punkt der Tagesordnung hielt Genosse P. Jahn einen Vortrag über: Handels- und Kolonialpolitik. Reicher Beifall lohnte dem Redner am Schluß seines Referats.

Zur Generalversammlung des Wahlvereins für den 4. Wahlkreis (Süd-Osten) teilt uns der Schriftführer noch mit, daß die beschlossene feste Entschädigung für die Mitglieder des Vorstands nur den drei Vorstandsmitgliedern zuerkannt ist, welche die Hauptarbeiten zu erledigen haben. Es sind dies: der erste Vorsitzende, der erste Schriftführer und der erste Kassierer. Da der Gesamtvorstand aus 9 Mitgliedern besteht, würde sich im anderen Falle die aufzubringende Summe zu hoch belaufen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. Oktober, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gewandstraße, kleine Franzfurterstr. 6: Versammlung „Freireligiöse Vereinigung.“ — Um 10 1/2 Uhr vormittags, ebenfalls: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Geffke. Hildesdorf. Sonntag, den 28. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Schwarzschon Palais hiersehr, Altenstraße 36: Öffentliche Gewerkschaftsversammlung: Die Ziele der Gewerkschaftsbewegung.

Vermischtes.

Ubergabe bei Wolke. Gestern ist der hundertjährige Geburtstag des Salachentlers in der bürgerlichen Presse durch zahllose Leitartikel gefeiert worden. Die antisemitische „Staatsb.“ ist geschmacklos genug, aus einer Schrift Wolkes über Polen aus dem Jahre 1832 folgende Stelle auszugraben:

„In allen Zeiten hielten die Juden einen Eidswur in Bezug auf einen Christen nicht für bindend. Aus der Streitigkeit eines der Älteren mit einem Christen machten sie stets eine Angelegenheit der Nation. Wenn es darauf ankam, gemeinsame Zwecke zu fördern, so wurde ein allgemeines Paktung ausgeschrieben, und bei Strafe eines der drei jüdischen Flüche mußte dann jeder den Betrag einer eintägigen Kontinuation für sich und die Seinigen einzahlen. Auf diese Weise haben einzelne Städte und Provinzen andre oft weit entlegene mit bedeutenden Geldsummen unterstützt. Noch jetzt hat jede Stadt ihren eignen Richter, jede Weiding ihren Rabbi, und alle stehen unter einem ungelaknten Oberhaupt, das in Wien haust, durch das Gesetz zum vollständigen Umherirren von Ort zu Ort verpflichtet ist und den die den „Fürsten der Sklaverei“ nennen.“

Wissentlich hat die „Staatsbürger- Zeitung“ durch Abdruck dieser Thorheit das Andenken Wolkes um deswillen herabsetzen wollen, weil er ungleich dem von antisemitischer Seite verpöbelten „eisernen Kanzler“ ein vornehmer Charakter und von Eigennutz frei war.

Empfindlicher Zucker. Unser Rainger Parteiblatt schreibt: Der diesjährige Most, der jedoch noch in unsrer Provinz gefestert wird, findet im Handel sehr gute Aufnahme, denn täglich werden ungeheure Quantitäten in unsre Stadt eingeführt. — Der Verkehr mit Kolonialzucker nach den Weinorten unsrer Provinz ist übrigens auch kein geringer. Die mit Zucker beladenen Fuhrwerke verlassen unsre Stadt zumeist gegen Abend, so daß sie erst nach 10 in den Ostschiffen eintrifft. Ob wohl der Zuckertransport unter dem Tageslicht zu leiden hat?

Fünzig Personen durch eine Kesselexplosion getötet. Aus Liverpool wird gemeldet, daß an Bord des Dampfers „Eugenia“ infolge einer Kesselexplosion 50 Personen getötet worden sind, darunter 27 Mann von der Besatzung. Der Dampfer befand sich zwischen Tomsl und Barnaul.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Polenblätter. Die gewünschte Adresse ist: Dr. Karl Dieckhoff, Spandauer Platz 8.

Omäh 36. Arbeitsnachweis Engländer 15. Dort erhalten Sie auf die übrigen Anfragen Auskunft.

Stowate. Die Durchschnittpreise von Eisenbahn-Lokomotiven schwanken je nach der Größe und Ausföhrung zwischen etwa 25 000 M. und 60 000 M. Der Stand der Eisen- und Kohlenpreise wie auch der Arbeitslöhne wirkt aber auch erheblich auf die Kosten eines solchen großen Werks ein. A. P., Hildesdorf. Sie möchten gern Handbinder werden. Ihnen fehlen die Mittel dazu. Nun wenden Sie sich an uns, um zu er-

afren, woher Sie das Geld dazu bekommen könnten. Darin können wir Ihnen nun leider nicht raten. Bei den hohen Mietpreisen teilen wir aber Ihren Wunsch, das kostspielige Mietesachen mit dem profitablen Mietesachen zu verkaufen. Sollten Sie daher von anderer Seite die erwünschte Auskunft erhalten, so wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns ebenfalls einen kleinen Wink geben wollten. Sie werden an uns andächtige Leute kennen lernen!

G. P. 100. Solches Testament wäre ungültig. Sprechen Sie event. mit Advokat derselben in der juristischen Sprechstunde vor. — **Leute.** Ihre Annahme ist irrtümlich; die Rente erhöht sich nicht. — **Rixdorf 5.** 1. Niemand kann gezwungen werden, Ratenzahlungen zu bewilligen. 2. Ja. — **N. N. 33.** Wenden Sie sich mündlich oder schriftlich an das Wahlbureau, Poststr. 16. — **100 W. Office.** 1. Strafbarkeit liegt nach Ihrer Schilderung nicht vor. 2. Strafbare ist zulässig. — **G. W. 100.** 1. Ihr Geburtszeugnis und das mit Rechtskraftkräft verfehene Entscheidungsurteil ist erforderlich. 2. Für Witwen ist keine Wartezeit vorgeschrieben. Die Wartezeit für Witwen ist mit Rücksicht auf die Möglichkeit des Mutterverdienstes festgesetzt. — **G. P. 1.** und 2. Kein 3. Unbestimmt. — **G. D. 11.** 1. Ja. 2. Eine Sammlung aller Konventionen ist und nicht bekannt. — **N. N. Pflanzstr.** Fordern Sie die Witwin schriftlich auf, innerhalb 24 Stunden das Versprochene zu belegen, widrigenfalls Sie es auf Ihre Kosten ausführen lassen würden. Führen Sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist Ihre Drohung aus und verlangen Sie dann (beim Amtsgericht) die Witwin auf Erhaltung der von Ihnen für die Reparatur veranlagten Kosten. — **Hamburg 00.** 1. Sechs Wochen zum Quartalsberichten. 2. Die üblichen Umsatztermine gelten. — **G. P. 170.** 1. und 2.: Die Verpflichtung zur Zahlung einer Gewerbesteuer ist unabhängig davon, ob Gehilfen beschäftigt werden. Nach dem preussischen Gewerbebesetz ist der Gewerbetreibende steuerpflichtig, wenn weder der Ertrag 1500 M. noch das Geschäftskapital 3000 M. erreicht. Jedes lebende Gewerbe muß bei der Gemeindebehörde, in Berlin also bei dem Magistrat) angemeldet werden. 3. Nein. 4. und 5. Als Selbstversicherer lassen Sie sich eine große Quittungskarte geben und sieben

welche Klasse Sie wollen. 6. Sobald ein Geschäft einen kaufmännischen Umfang hat, müssen kaufmännische Bücher geführt werden. — **Z. Z. Rein.** — **Gewerbegericht 00.** Vorausgesetzt, daß Sie nicht einen Ausschluß der Kündigungsfrist vereinbart haben, steht Ihnen als Reiner, also als gewerbetreibendem Arbeiter, eine vierzehntägige Kündigungsfrist zu. Wenn Ihnen kein solches Gehalt gezahlt wurde, Sie vielmehr nur auf sogenannte Trinkgelder angewiesen waren, so steht Ihnen trotzdem ein Recht auf Schadenersatz zu. Zuständig ist das Gewerbegericht. Ein Beispiel für solche Klage auf Entschädigung wegen Nichtzahlung der gesetzlichen Kündigungsfrist bei Entlassung finden Sie im „Arbeiterrecht“ S. 388 Nr. 13. — **N. W.** Die Klage wäre aussichtslos. — **N. Berlin.** Ja, Sie bedürfen jedoch einer Legitimationskarte, welche auf den Antrag des Inhabers des betreffenden Gewerbebetriebs von der Polizeibehörde für die Dauer des Kalenderjahres ausgestellt wird. — **Schönhäuser Allee.** Ihr Gegner ist im Recht.

Witterungsübersicht vom 26. Oktober 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. ° C. u. ° F.	Stationen	Barometer hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. ° C. u. ° F.
Strombe	755	SSO	3 Dunst	8	8	Saparanda	757	NRW	2 Nebel	0	0
Hamburg	753	SSW	2 bedeckt	10	10	Petersburg	751	NRW	3 Hb. bed.	6	6
Berlin	756	SSW	2 Hb. bed.	7	7	Gort	743	NRW	3 wolkig	1	1
Frankf./M.	757	SSW	2 wolkig	8	8	Aberdeen	743	NRW	3 wolkig	1	1
München	759	SSW	— heiter	3	3	Paris	755	SSW	3 wolkig	1	1
Wien	761	SSW	— Nebel	4	4						

Wetterprognose für Sonnabend, den 27. Oktober 1900.
Etwas kühler, veränderlich, vielfach wolkig mit Regenschauern und frischen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 25. Oktober 1900
nach Ermittlungen des fgl. Volkswirtschaftsbüros.

Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen, gut D. Gr.	14,35	Kartoffeln, neue, D. Gr.	6, —
„ mittel	14,35	„ alte, Reute 1 kg	1,00
„ gering	14,35	„ do. Bausch	1,80
*) Roggen, gut	14,35	Schweinefleisch	1,00
„ mittel	14,35	„ do.	1,80
„ gering	14,35	Rindfleisch	1,80
†) Gerst, gut	15,50	„ do.	1,80
„ mittel	14,70	„ do.	1,80
„ gering	13,90	Butter	2,80
†) Hafer, gut	15,80	„ 60 Stk.	4,80
„ mittel	14,80	„ 1 kg	2,40
„ gering	13,80	„ 1 kg	2,50
Richtmaß	—	„ 1 kg	2,60
Heu	40, —	„ 1 kg	2,60
Stroh	45, —	„ 1 kg	2,60
Speisebohnen	70, —	„ 1 kg	2,60
Linien	—	„ 1 kg	2,60

Theater.

Sonnabend, den 27. Oktob. er.
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Dritter Abend: Siegfried. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Der wilde Reutlinger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroß). Die Fledermaus. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vossing. Johannsfeuer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Verliner. Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Gerda Mahr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Westen. Bar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Faust II Teil. 2. Abend. Anfang 8 Uhr.
Rezeptionsbühne. Der Thor und der Tod. Hedenjos. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Liebeschlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. König Krause. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Der Zungenring. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Müller und Schilze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Kodum. 4 Uhr: Hübeyahls erste Liebe.
Vello-Milfance. Die schöne Wilihämäerin von Tegernice. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Der Mandarin von Tsing-ling-tung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Der alte Muckebold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Abends 8 Uhr: Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris.
Im Hösersaal: „Ausbreitung des Schalls.“ Von Dr. Donath.
Freres Frediani. 3 Akrobaten zu Pferde! Europäische Kavallerie auf 16 Schulstufen.

CRANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Paris.
Im Hösersaal: „Ausbreitung des Schalls.“ Von Dr. Donath.
Invalidenstr. 57/62.
Tagl. Sternwarte.
Nachmittags 5—10 Uhr.

CASTANS
PANOPTICUM
Die neuen lebenden Photographien.
Graf Waldarsoo.
Kampf mit chinesischen Boxern.
Konzert
der russischen Nationalkapelle aus Kiew.
Kapellmeister Semaschko.
Illustrationen — Kasperl-Theater — Irrgarten — Schreckenskammer.

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 72.
Der Liebeschlüssel.
Große Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz.
Im 1. Akt: Musikalisch-automatisches Potpourri.
Hauptdarsteller: Thomas, Thielcher, Delmerding, Junfermann, Paulmüller, und die Damen Wilton, Schäffer, Banovius, Junfer-Schay.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 4 Uhr: Kinderdarstellung. Hübeyahls erste Liebe.
Zaubermärchen in 6 Bildern von J. Dill.
Abends 8 Uhr: Müller und Schilze auf der Pariser Weltausstellung.
Ausstattungspoffe mit Gesang in 5 Bildern von C. Weich u. J. Dill.
Morgen: Dieselbe Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Cirkus Schumann.
Heute, Sonnabend, den 27. Oktober, abends präc. 7 1/2 Uhr:
5. Grande Soiree High-Life Gala-Programm.
u. a.: Ren! Die reizende Miss Habel O'Brien, Ren! Die unmürige jugendliche Schulfreierin Fel. Dora Schumann. Die einzig bestehende musical. Bengale.
Les 9 Colibris, die kleinsten Menschen der Welt.
Zum Schluß:
Das größte Wagners: u. Wasser-Schauspiel der Gegenwart: CHINA.
Die Unken in Siantchon. Der Aufstand der Boxer. — Krieg. Die Verbündeten vor Taku-Peking. Die Ermordung der Taku-Fort.
Sonntag: 2 Vorstell. Radum 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr. Radum 1 Kind frei.
Weiße u. Banrijah-Biertotal von Paul Litfin, 53880.
Lichtenberg, Atropienstr. 1. Garten. Vereinszimmer, Kegelsbahn.
Grosses Schlachtfest
Sonntag, den 28. Oktober er., wozu freundlichst einladet
Franz Kitzing, Restaurant, Briß, Rudowstraße 55.

Apollo-Theater.
Durchschlagender Erfolg der Novität:
Fräulein Loreley.
Ferner:
Riccardo und Benedetto.
Trio Resa. Erna Berthold.
Adele Moraw.
Mme. Hilaris. Der Kosmograph.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Der größte Operetten-Erfolg dieser Saison.
Der Mandarin von Tsing-ling-tung
sowie das phänomenale **Oktober-Special-Programm.**
Jane Pierny.
Bonhair-Truppe.
Anfang 8 Uhr.
Rauden überall gestattet.
W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Heute, Sonnabend, den 27. Oktober:
Begen Privat-Festlichkeit keine Vorstellung.
Sonntag: Sumpffrische.
Sanssouci
Kottbuserstrasse.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nord-Sänger.
Anfang Sonntag 7 Uhr. Entrée 50 Pf. Bon 5—7: Unterhaltungsmusik. Wochentags 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Nach jeder Soiree: **Tanzkränzechen.**
Wochentags Tanz frei. Vereins- und Borzugsбилет wochentags allig. Sile zu Festlich. u. Besammlungen.

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger.**
Zum Schluß: (nur noch kurze Zeit!) **Excellenz kommt!** Anfang 8 Uhr. Borher: Konzert.
Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Der größte Operetten-Erfolg dieser Saison.
Der Mandarin von Tsing-ling-tung
sowie das phänomenale **Oktober-Special-Programm.**
Jane Pierny.
Bonhair-Truppe.
Anfang 8 Uhr.
Rauden überall gestattet.
W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Heute, Sonnabend, den 27. Oktober:
Begen Privat-Festlichkeit keine Vorstellung.
Sonntag: Sumpffrische.
Sanssouci
Kottbuserstrasse.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nord-Sänger.
Anfang Sonntag 7 Uhr. Entrée 50 Pf. Bon 5—7: Unterhaltungsmusik. Wochentags 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Nach jeder Soiree: **Tanzkränzechen.**
Wochentags Tanz frei. Vereins- und Borzugsбилет wochentags allig. Sile zu Festlich. u. Besammlungen.

Respiration zum Goldenen Bären
Worm's Magendocor
Worm's Magendocor
Worm's Magendocor

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum erstmalig:
Faust.
Von Goethe. Der Tragödie II. Teil. (2. Abend. Fausts Tod u. Erlösung.)
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Orientreise.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Montag, abends 8 Uhr:
Faust.
I. Teil. 1. Abend.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direction: J. H. Hatt.
Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz, ohne Nachzahlung.

Herren- u. Knabengarderobengeschäft
der Schönhäuser- und Prenzlauer Vorstadt
Hugo Opitz
Schneidermeister [56488]
Berlin N., Franseckstrasse 13,
nahe der Schilling Brauerei.
Fernspr. Amt III. 5396. Etabliert 1895.
Das vollständig neu umgebaute Lokal erreckt sich durch das Vorderhaus, Seitenflügel und Luergebäude, ca. 40 Meter direkte Länge.
Bei ganz bedeutender Ausmaß fertiger Garderoben für Herren und Knaben in Feittags-Kleidung, Alltags-Kleidung, Sportbekleidung u. habe ich enorm billige Preise, auf jedem Artikel verzeichnet, allerdings ohne jeden Abzug — freigelegte Preise!
Niesengroßes Tuchlager
zur Aufnahme für Maßbestellungen, welche sofort auf das eleganteste in eigenen Werkstätten angefertigt werden.
*) Bitte sich selbst zu überzeugen.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich 4 ausländische 4 Kapellen 4
Gr. Theater-Vorstellung.

Bitte machen Sie einen Versuch mit **Gottmanns Normal-Hut**
Das Beste! Stück Bis jetzt Unerreichte!! **2,90.**
Gr. Frankfurterstr. 130 und 117.
Säle Luisenst. Klubhaus
Annenstr. 16 (Jah. H. Gruppe) für Vereine, Hochzeiten u. Privat-Gesellschaften. Telefon Amt 7a No. 7301.
Möbel, Spiegel u. Polsterwaren
reell, zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister, Rixdorf, Richardstr. 116, am Deimtal.

Wo? in der schönen Anstalt für Auszüge und Landpartien? Auf der Insel Pichelswerder? **beim alten Freund.**
Cylinder-Hüte
kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.
Chapeaux elagues, weiche und feste Filzhüte zu billigen Preisen bei **Max Radtke,** Krautstr. 50, an der Markthalle (kein Laden).

Central-Theater
Anfang 7 1/2 Uhr:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten von S. Jones. Morgen, nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen:
Die Puppe.
Abends 7 1/2 Uhr: **Die Geisha.**
Montag und folgende Tage: **Die Geisha.**
Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Sensations-Oktober- Progr.
Noch nie dagewesener Erfolg! 8 1/2 Uhr. Neu! 8 1/2 Uhr.
Der olle Muckebold.
Gmannel Wand. Dentier: Direktor **Richard Winkler.**
Durchweg lauter Schlager! Amalia Koncowicz, Chansonnetten-Diva Mr. Richard, großartige Pyramide auf 3 Plätzen.
Außerdem: 12 Attraktions-Nummern. Anfang: Wochent. 7 1/2, Sonntag 7 Uhr. Entrée: 50 Pf.

Herren- u. Knabengarderobengeschäft
der Schönhäuser- und Prenzlauer Vorstadt
Hugo Opitz
Schneidermeister [56488]
Berlin N., Franseckstrasse 13,
nahe der Schilling Brauerei.
Fernspr. Amt III. 5396. Etabliert 1895.
Das vollständig neu umgebaute Lokal erreckt sich durch das Vorderhaus, Seitenflügel und Luergebäude, ca. 40 Meter direkte Länge.
Bei ganz bedeutender Ausmaß fertiger Garderoben für Herren und Knaben in Feittags-Kleidung, Alltags-Kleidung, Sportbekleidung u. habe ich enorm billige Preise, auf jedem Artikel verzeichnet, allerdings ohne jeden Abzug — freigelegte Preise!
Niesengroßes Tuchlager
zur Aufnahme für Maßbestellungen, welche sofort auf das eleganteste in eigenen Werkstätten angefertigt werden.
*) Bitte sich selbst zu überzeugen.

Herren- u. Knabengarderobengeschäft
der Schönhäuser- und Prenzlauer Vorstadt
Hugo Opitz
Schneidermeister [56488]
Berlin N., Franseckstrasse 13,
nahe der Schilling Brauerei.
Fernspr. Amt III. 5396. Etabliert 1895.
Das vollständig neu umgebaute Lokal erreckt sich durch das Vorderhaus, Seitenflügel und Luergebäude, ca. 40 Meter direkte Länge.
Bei ganz bedeutender Ausmaß fertiger Garderoben für Herren und Knaben in Feittags-Kleidung, Alltags-Kleidung, Sportbekleidung u. habe ich enorm billige Preise, auf jedem Artikel verzeichnet, allerdings ohne jeden Abzug — freigelegte Preise!
Niesengroßes Tuchlager
zur Aufnahme für Maßbestellungen, welche sofort auf das eleganteste in eigenen Werkstätten angefertigt werden.
*) Bitte sich selbst zu überzeugen.

Kufeke's
Von AUTORITÄTEN empfohlen
BESTES im GEBRAUCH! billigstes
Kindermehl.
Damen-Mäntel enorm billig
Direct in der **Heinrich Backwitz,** der Fabrik
Niederwallstrasse 28-29.
I. Etage, gleich am Spittelmarkt, viertes Haus rechts.
Chiko Winter-Jaquets und **Paletots,** statt n. Belg. u. auch reichhaltig. 4, 5, 6, 50, 9, 30, 12, 15, 18-30 Pf.
Elegante Capes l. Urmantel, Blüsch, gl. u. carr. Stoff, reichl. 5, 50, 6, 10, 9, 50, 9, 30, 12, 15-40 Pf.
Wattirte Röder 7, 50, 9, 30, 12, 15, 18, 24-45 Pf.
Kinder-Jaquets u. Mäntel 3, 50, 4, 50, 6, 50, 9, 12-15 Pf.
Täglich bis Abends 9 Uhr auch Sonntags geöffnet. 6607

Möbel auf Teilzahlung.
Größere Fabrik von Möbeln u. Polsterwaren hat obiges Departement neu eingerichtet und garantiert dem weiten Publikum constanten Bedingungen. — Zuschriften erbeten H. 15 Potham 2, **Zahnberg.**
Verantwortlicher Redacteur: **Georg Wexler** in Großlichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Ed. Glöck** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Wading** in Berlin.

Zur Wahlagitacion im sechsten Kreise.

Am Donnerstag fand wieder eine vom Wahlverein arrangierte Volksversammlung statt. Kleinerer Saal in der Schulstraße, der diesmal als Versammlungsort ausersehen war, erwies sich zu klein, um allen Besuchern Raum zu gewähren. Nur ein kleiner Teil der zuerst erschienenen fand Sitzplätze, der bei weitem größte Teil der Versammlungsteilnehmer mußte stehend in dem überfüllten Saale weilen. Den Vortrag des Abends hielt Genosse Ledebour. Zunächst teilte er den gespannt lauschenden Zuhörern die durch die Abendblätter bekannt gewordene Thatsache mit, daß offziösem Eingeständnis zufolge Herr v. Boedde, einer der höchsten Beamten im Reichsamt des Innern, die Anschuldigung des Verbands der Großindustriellen veranlaßt hat. Scharf und treffend kennzeichnete der Redner das Empörende der Thatsache, daß zur Unterstützung des von der Regierung gemachten Versuchs, ein Gesetz zur Anhebung der Arbeiter ins Leben zu rufen, eine ausgesprochene arbeitserfreundliche Organisation durch eine der höchsten Reichsbehörden um einen Geldbeitrag angegangen worden ist und einen solchen gegeben hat. Wir glauben, sagte der Redner unter lebhaftem Beifall der Ver-

sammlung, gewiß nicht an eine allzu große Erbarmlichkeit der Regierung, aber so etwas hätten wir ihr nicht zugezogen. Durch dieses Vorkommnis wird bewiesen, wie zutreffend es ist, was Herr v. Boedde im Reichstage zu den Vertretern des Unternehmertums sagte: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ — Herr v. Boedde und sein Chef Graf Vosadovsky, der die Verantwortung für die Anhebung der Industriellen trägt, werden das Feld räumen müssen. Der Regierung wird es erwünscht sein, sich diese ihr unbehaglich gewordenen Beamten abzuschnüffeln. Öffentlich wird Graf Vosadovsky nicht, wie kürzlich Cohenlohe, so bald schwerhörig, daß er noch vor dem Zusammentritt des Reichstags sein Amt aufgeben muß. Der Reichstag muß ihn zur Rechenschaft ziehen. — Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen rief der Referent den Anwesenden in Erinnerung, mit welchen Mitteln seiner Zeit seitens der Regierung versucht worden ist, für die Justizvorlage Stimmung zu machen, er beleuchtete die von den herrschenden Parteien unterstützte völkfeindliche Politik der Regierung und zeigte, wie besonders die westpolitischen Verbindungen zum Unheil des Vaterlands ausschlagen müssen. Allgemeine Entrüstung beklundeten die Versammelten, als der Redner an einem jüngst bekannt gewordenen

Beispiel zeigte, wie deutsche Kalksteiner mit chinesischen Gefangenen vor deren Abschachtung umgegangen sind. Auf einen Punkt aus der Versammlung: Wer solche Gräueltaten verübe, dürfte sich in Deutschland nicht drehen, erwiderte Ledebour: „Unter uns darf es das allerdings nicht thun. Wenn er aber in einem patriotischen Verein sich seiner „Gelbthaten“ rühmt, dann können wir sicher sein, daß ihm ein Lorbeerkranz auf die Stirn gedrückt wird.“ — Zum Schluß kritisierte der Redner die gegnerischen Parteien und deren Verhalten in dieser Wahlbewegung; er zeigte, daß nur die Socialdemokratie für die Rechte und Freiheiten des Volks eintritt. Zudem wir in der Gegenwart den Kampf führen gegen Absolutismus, Hummentum und Ertrwucher, kämpfen wir zugleich für unser Zukunftsideal. Wer als Kämpfer in unsere Reihen eintritt, der hilft damit das Wohl der ganzen Menschheit fördern. — Der wirkungsvolle Vortrag wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Hierauf richteten die Genossen Berle und Kiesel Aufforderungen zur regen Mitarbeit bei den Wahlen an die Anwesenden, dann endete die Versammlung mit Hochrufen auf die Socialdemokratie und ihren Kandidaten.

Achtung! Kistenmacher Achtung!

Sonntag, den 28. d. M., abends 6 Uhr, im Lokal des Herrn Stechert, Andreasstr. 21:

Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Anna Reisch, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammeln und Tanz. Um zahlreiches Besuch bittet 95/9

Der Vorstand. J. A.: Karl Judel.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Höhring, Admiralstr. 18c:

Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hoffmann: „Auf was wir stolz sind.“ 2. Diskussion, 3. Werkstattangelegenheiten, 4. Verschiedenes. Die Kollegen der Werkstatt Neumann u. Wagner, Vanziger Platz 14/15, sind besonders eingeladen. [147/15] Der Vorstand.

Achtung! Einjeker. Achtung!

Sonntag, 28. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der vorigen Versammlung. 109/6

Herbstfest der Bildhauer

heute in Aekers Festhale, Kopenstr. 29.

Billets in beschränkter Anzahl sind heute abend noch zu haben. Außerdem bei Trautvotter, Krauter 28, III.; Noack, Sorauerstr. 11, I. und im Bureau Engel-Str. 15, Zimmer 27, von 11-1 und 1/2 bis 7 Uhr. Gütliche Willkommen. [21/9] Das Komitee.

Aufforderung

d. Prestidigitateurs Prof. Hermann an Herrn Houdini! Dem Herrn Houdini, dem sogenannten „Unsehbaren“, auf seine an mich in den Tagesblättern ergangene Herausforderung das folgende zur Antwort: Herr Houdini möge sich an einem beliebigen Abend in der Arena des Circus Busch von mir mit meinen Voltisfesten schließen lassen. Wenn er sich aus demselben, ohne diese Festen zu verlassen und ohne die Beihilfe eines Instruments, zu befreien, so zahle ich ihm den Betrag von 1000 Mark; befreit er sich nicht, so zahle er an mich 1000 Mark, welchen Betrag er gleich mit vor der Vorstellung im Bureau des Circus zu deponieren hat. Das ist, wie der Amerikaner sagt, „fair play“, und wird Herr Houdini, wenn er seiner Sache so todsicher ist, wie er behauptet, nicht zögern, meinen Vorschlag lächelnd und freudig zu acceptieren. Berlin, im Circus Busch, 26. Oktober 1900. H. Hermann, Prestidigitateur.

Orts-Krankenkasse der Maler.

Mittwoch, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, in den Remisbahnen, Kommandantenstr. 20:

Große Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: Wahl von 100 Delegierten (Arbeitnehmern) und 75 Delegierten (Arbeitgebern). Die Wahl beginnt präcise 8 Uhr. Mitgliedsbuch legitimiert. 60/15 Der Vorstand.

Dankagung.

Allen Parteigenossen und Genossinnen, Freunden, Kollegen und Bekannten, insbesondere den Genossen des Weisenauer und Gensauer Arbeitervereins, den Mitgliedern der Gewerkschaften Weisenau sowie den Arbeiter-Gesangsvereinen sagen wir für die so überaus zahlreiche Beteiligung bei dem Begräbnis meines so früh verstorbenen Mannes, unseres Bruders, Schwagerbruders und Schwagers Bruno Schilling meinen herzlichsten Dank. Neu-Weisenau, 25. Oktober 1900. Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein Weisk- und Bährisch-Bierlokal, sowie meine beiden Vereinszimmer mit Klavier für 20 und 30 Personen. 5763/6

Bruno Klibor.

am 25. d. Mts. an den Folgen der Proletarierkrankheit erkrankt ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 28. d., nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Kreuzkirchhofs in Mariendorf aus, statt. [704] Dies jagt tiefbetrübt an Anna Klibor, geb. Springer.

August Bieberstein.

am 25. d. Mts. nach langen Leiden an der Proletarierkrankheit unser altes treues Mitglied Bruno Klibor.

Kreuzberger Harmonie.

Am 25. d. Mts. nach langen Leiden an der Proletarierkrankheit unser altes treues Mitglied Bruno Klibor.

Bruno Klibor.

Wir werden ihm dauernd ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet Sonntag, den 28. d., nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Kreuzkirchhofs in Mariendorf aus, statt. Treffpunkt der Sängler: 3 Uhr, Kirchhof. [66/4]

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Klein-Becklauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hüften u. vorn am Bund und einem Saum gestreift. Kleinhäpse u. Kappe nähte. Feste Leder-Plat- u. Taschen, Wäsche Hüften umfaßt. die Hölse

bei Aufnahme von 4 M. 50 6 Stück 24 M.

Seit blaues Monteur-Jackett 1 M. 00

Seit blaue Monteur-Hose 1 M. 50

Seit blaues Monteur-Jackett Prima Arbeiter-Gewebe 2 M. 50

Seit blaue Monteur-Hose Prima Arbeiter-Gewebe 2 M. 10

Prima Manchester-Hose 8.-, 5.50, 3.50

Geöffneter, Wandler-Jackett 13.-, 9.-, 7.00

Operations-Mantel 1. Größe 4.00-3 M. 40

Wasser-Rittel 3.-, 2.50, 2 M.

Mechaniker-Rittel (braun) 3.-, 2 M. 40

Weißes Leder-Jackett, Preisig geölt 7 M. 50

Weißes Lederhose, Prima Ware 3 M. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail. Chaussestr. 24a, 25. Bräutener 11. Or. Frankfurterstr. 20.

Die 16te Preisliste 1900/1901 über gefärbte Herren- u. Knaben-Bekleidung (Kostlage 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Verkauf von 20 M. an franco. — Bei Bestellung geistig Angabe der Brust- u. Handweite u. Schrittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 5661/2

Achtung!

Freunden und Genossen empfehle mein Weisk- und Bährisch-Bier-Lothal mit Vereinszimmer. Karl Risch, Kopenstr. 13. Das [5565/2]

Riesen-Stofflager

Krausenstr. 14 I. Etage, fertigt nach Mass unter garantiertem Sitz: Hochlegante Winterpaletots für 36 M. Hochlegante Anzüge für 30 M. Hochfeine Bekleider für 10-12 M.

14 Tage auf Probe

versende ich überall hin prima H. Harzer Kanarienvogel a 6, 8, 10 u. 12 M., 3 Stück 15, 18, 21 u. 25 M. Alte Vorkäfer ohne Fehler 12, 15, 20 u. 25 M. Voller-Weiden a 1 M. Bitte verlangen Sie kostenfrei die Preisliste von der Vogelzuchterei P. G. Müller, Rordhausen a. S. 5720/2

Grosser Ausverkauf!

Wegen Aufgabe meines seit 11 Jahren bestehenden Geschäftes 5774/2

„Fortuna“

verkaufe ich sämtliche Herren- u. Knaben-Garderobe zu besonders herabgesetzten ganz ungewöhnlich billigen Preisen.

Winterpaletots früher 22.- jetzt M. 15.- an | Stoff-Beinkleider früher 8.75 jetzt M. 4.- an

Jackett-Anzüge früher 20.- jetzt 13.50 an | Winterjoppen früher 7.50 jetzt 5.- an

Arbeiterkleidung spottbillig. „“

„FORTUNA“

Kassanien-Allee 93, Ecke Oderbergerstraße.

Königsberger Geld-Lotterie

zur Freilegung des königlichen Schlosses zu Königsberg i. Pr. Die Hauptgewinne sind

6240 Geldgewinne im Betrage von 190 000 Mk. | 50000, 20000 M. etc.

Original-Loose à 3 Mark (Porto u. Liste 30 Pf.) empfehlen und versenden prompt

Oscar Bräuer & Co. Nachf. Bank-Geschäft

Berlin W., Friedrich-Strasse 181. Filiale NW., Wilsnacker-Strasse 63.

Ziehung unwiderruflich 29. Oktober bis 1. November.

Jede Dame lese!

Reifenmacher, anschl. Modelle. Jacketts, schwarz u. farbig, v. M. 6.00 Jacketts a. S. d. eleg. verarb. v. M. 10.50 Wolf-Stragen, farb. u. einf., v. M. 5.00 Frauencape, 90-100cm l. v. M. 12.00 Abendmantel, schwarz u. farb. v. M. 6.50

Damen-Mäntel-Fabrik

an gros Soydastr. 2, 1 Tr. am Spittelmarkt. Abends bis 9 Uhr. Sonntag 8-10 und 12-2 geöffnet.

Stänkeleiche Jänne 1.50, prima Material. Schmeckerloes Zahnstehen. Dehnemann, Pankowstr. 59, amischen Rappen- und Friedenstraße.

Möbel-Magazin. Fr. Janitzkow, Polsterwaren. Eigne Tischlerei. [5329/2] NW., Turmstr. 45. Eigne Werkstatt.

Gegründet 1879. [5842L/2]

Julius Lindenbaum

Grosse Frankfurterstr. 141, BERLIN O., Grosse Frankfurterstr. 141, Eckhaus der Fruchtstrasse. 14 grosse Schaufenster, 24 Bogenlampen, tageshelle elektrische Beleuchtung. Eckhaus der Fruchtstrasse.

Grösstes Etablissement der Bezirke Ost, Nordost und Südost für

Herren- und Knaben-Bekleidung.

Sämtliche Sport- und Jagd-Artikel. Berufskleidung. Winter-Paletots. Winter-Joppen. Zwei Zuschneider. Specialität: Massanfertigung. Werkstatt im Hause. Reelle billigste Preise.

